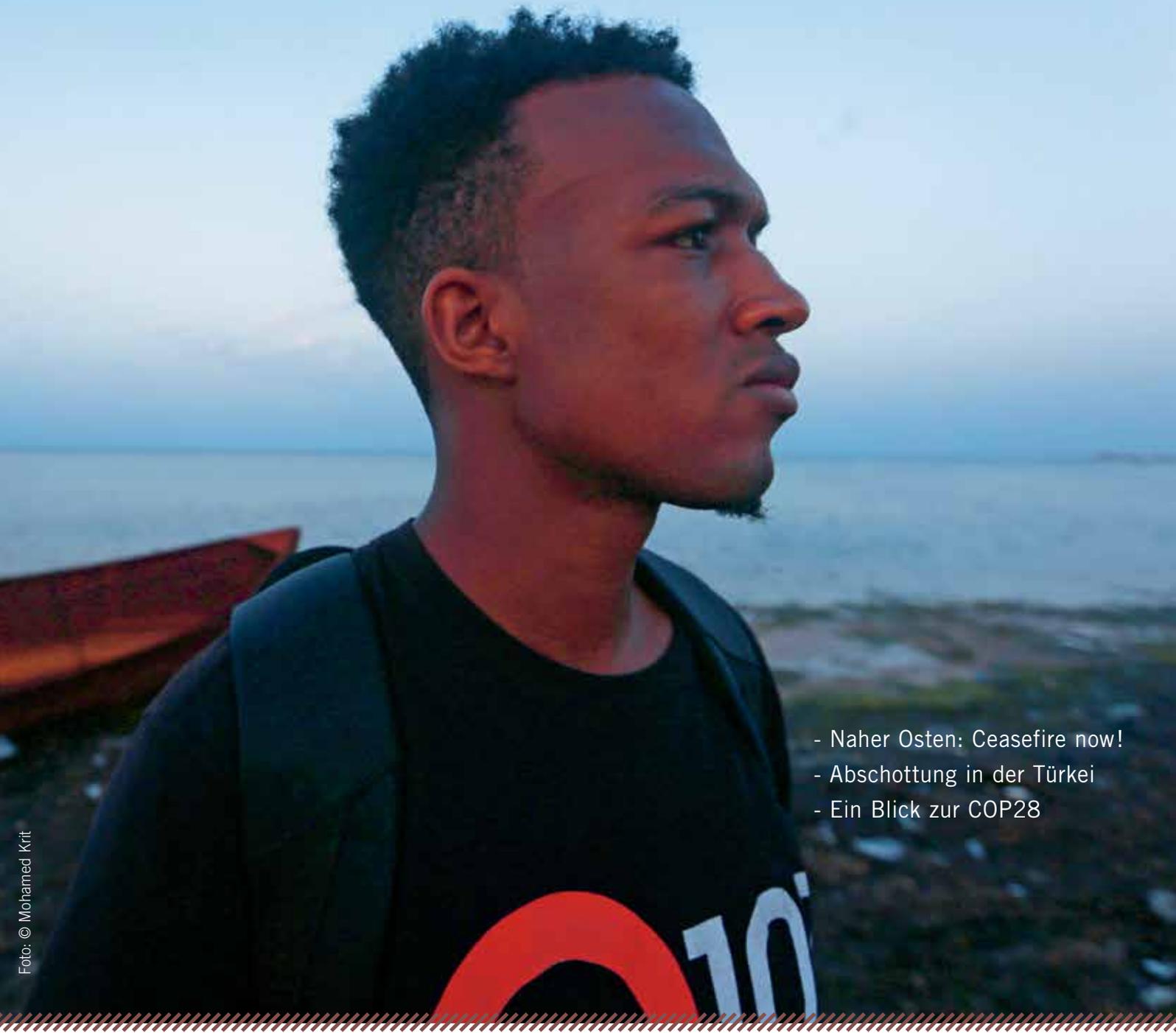


ippnw forum

das magazin der ippnw
nr176 Dez 2023 3,50€
internationale ärzt*innen
für die verhütung des
atomkrieges – ärzt*innen
in sozialer verantwortung



- Naher Osten: Ceasefire now!
- Abschottung in der Türkei
- Ein Blick zur COP28

Foto: © Mohamed Kritt

**75 Jahre Menschenrechte
Nein zur Kriminalisierung von Migration!**

Für
IPPNW-Mitglieder und
Abonent*innen:

Stapeln sich bei Ihnen auch die Zeitschriften? Als IPPNW-Mitglied oder Forum-Abonent*in haben Sie die Möglichkeit, das Forum bequem online zu lesen. Interesse? Dann senden Sie uns bitte die Karte unten oder eine E-Mail an: forum@ippnw.de Bitte vergessen Sie nicht, Ihre E-Mail-Adresse anzugeben. Sie erhalten dann jeweils bei Erscheinen des Forums eine Mail mit dem Link zur Online-Ausgabe.

Umweltfreundlich und immer dabei: Das IPPNW-Forum online.



- Ich möchte das IPPNW-Forum abonnieren
 - zum Preis von 20 Euro jährlich
 - zum Förderbeitrag von 40 Euro jährlich.
- Ich möchte das Forum erhalten als:
 - Druck Druck & Online nur Online.

- Ich bin bereits Mitglied/AbonentIn und möchte zukünftig
 - keine gedruckten Ausgaben** mehr erhalten. Ich lese ab der nächsten Ausgabe lieber nur noch online.
 - zusätzlich zur gedruckten Ausgabe auch einen Link zur aktuellen Online-Ausgabe erhalten.

Per FAX an 030/693 81 66

IPPNW
Deutsche Sektion
Körtestraße 10
10967 Berlin

Name _____

Straße _____

Plz, Ort _____

E-Mail _____

Unterschrift _____



Carlotta Conrad ist
Vorstandsmitglied der
deutschen IPPNW.



Seit Monaten verschiebt sich der Diskurs über Asylsuchende in Deutschland in einem rasanten Tempo nach rechts.

Anne Jurema beleuchtet die jüngsten Beschlüsse des Migrationsgipfels von Bund und Ländern sowie den Gesetzesentwurf zur „besseren Rückführung“. Dabei wird deutlich, dass etliche der beschlossenen Regelungen nicht nur sachfremd und unwirksam sind, sondern auch unvereinbar mit den Grundrechten sowie dem Europa- und Völkerrecht.

Kerem Schamberger berichtet über die Externalisierung der Außengrenzen am Beispiel Tunesien. Eine „umfassende strategische Partnerschaft“ zur Abwehr geflüchteter Menschen soll diese daran hindern, ans Mittelmeer zu gelangen. Der brutale Umgang mit Geflüchteten findet jedoch kaum noch Aufmerksamkeit. Über die innenpolitische Debatte und die Situation von Geflüchteten in der Türkei berichtet Menschenrechtsanwalt Mahmut Kaçan, der für das UNHCR gearbeitet hat. Er lebt an der türkischen Ostgrenze, wo die Fluchtrouten für Menschen aus Afghanistan seit dem von der EU mitfinanzierten Mauerbau entlang der Grenze zum Iran häufig zur tödlichen Falle werden. Seit das UNHCR die Verantwortlichkeit für die Registrierung von Geflüchteten 2018 an die türkische Regierung übertrug, hat sich deren Situation stark verschlechtert.

Wir stellen außerdem das Meldeportal „Behandeln statt verwalten“ der IPPNW vor. Als erste bundesweite Meldestelle dokumentiert es Vorfälle von Abschiebungen und Abschiebeversuchen aus stationärer Behandlung, um diese Problematik besser zu verstehen und ihr entgegenzuwirken. Dafür stellt es Kolleg*innen eine Handreichung zu ihren Rechten und Möglichkeiten in Abschiebesituationen bereit. Mit einer besseren Datengrundlage kann es uns gelingen, gesellschaftliche Debatten auch im medizinischen Umfeld anzustoßen und Ärzt*innen und andere Gesundheitsberufe dazu zu bringen, sich nicht an Abschiebungen geflüchteter Menschen zu beteiligen.

Das Forschungskonsortium „Transforming Solidarities“ ruft zur Verteidigung der Migrationsgesellschaft auf und macht diese zum Ausgangspunkt ihres Nachdenkens über Solidarität und die Neuerfindung unserer geteilten Welt.

Die Bilder zu diesem Themenschwerpunkt stammen von dem tunesischen Fotojournalisten Mohamed Krit, der Migrant*innen in Sfax (Tunesien) porträtiert hat.

Eine interessante Lektüre wünscht – Ihre Carlotta Conrad

Naher Osten: **Für einen sofortigen Waffenstillstand!** 08

Oren Ziv / 972mag.com



Neues Meldeportal: **Abschiebungen aus stationärer Behandlung** 26

pexels.com / Saulo Zayas



Atomare Mythen: **Interview mit Filmemacherin Jan Haaken** 12



THEMEN

Naher Osten: Für einen sofortigen Waffenstillstand!..... 8

Inmitten des Schreckens liegt eine Chance für den Frieden 9

Waffenstillstand in der Ukraine: Chancen und Hindernisse 10

Mini-AKW: Atomare Mythen entlarven 12

Zur transgenerationalen Vererbbarkeit strahlenverursachter Mutationen beim Menschen 14

Atomtests: Auswirkungen auf Mensch und Umwelt 16

To Survive is to Resist: Claudia Peterson (Nevada) 17

Das Gewinnstreben muss eingeschränkt werden 18

SCHWERPUNKT

Tunesien: Zum Sterben zurück in die Wüste geschickt 22

Die Migrationsgesellschaft verteidigen 23

Sachfremd und rechtswidrig 24

Neues Meldeportal: Behandeln statt verwalten! 26

Abschottung in der Türkei – mit Hilfe der EU 26

WELT

Ein Blick zur Klimakonferenz in Dubai 30

RUBRIKEN

Editorial 3

Meinung 5

Nachrichten 6

Aktion 31

Gelesen, Gesehen 32

Gedruckt, Geplant, Termine 33

Gefragt: Walusungu Mtonga 34

Impressum/Bildnachweis 33



Dr. Angelika Claußen
ist Co-Vorsitzende der
deutschen IPPNW.

Internationales Recht und Menschenrechte gelten aus- nahmslos für alle Menschen, für alle Völker.

Der UN-Sicherheitsrat hat Mitte November 2023 eine völkerrechtlich bindende Resolution mit der Forderung nach Feuerpausen im Gazastreifen angenommen. Das war ein erster Schritt zu einem dauerhaften Waffenstillstand. Nur so kann sichergestellt werden, dass humanitäre Hilfe sicher und in ausreichendem Maße die Zivilbevölkerung in Gaza erreichen kann. Dies zu unterstützen, haben wir von Bundeskanzler Olaf Scholz und Bundesaußenministerin Annalena Baerbock gefordert. Wir begrüßen die vereinbarte Feuerpause und die Freilassung dutzender Geiseln als ersten Schritt zu einem dauerhaften Waffenstillstand.

Wir sind sehr erleichtert, dass die Kinder und Frauen endlich freikommen und zu ihren Familien zurückkehren können. Ebenso erleichtert sind wir über den Stopp der Bombardierungen von zivilen Einrichtungen im Gazastreifen, die Tausende Menschen im Gazastreifen – darunter 4.600 Kinder – getötet und viele Tausende mehr verletzt haben. Die Waffenruhe muss nun genutzt werden, um die verbliebenen Patient*innen im al-Schifa-Krankenhaus und anderen Krankenhäusern im Gazastreifen zu versorgen.

Die IPPNW fordert den Schutz von medizinischen Einrichtungen, Personal und Patient*innen. Angriffe auf medizinische Einrichtungen stellen einen schweren Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht dar ebenso wie der Einsatz von Zivilist*innen als menschliche Schutzschilde. Der Entzug von Strom, Wasser, Treibstoff und anderen Gütern, die die Gesundheitsdienste für ihre Arbeit benötigen um zu arbeiten, ist ebenfalls ein Kriegsverbrechen.

Notwendig ist nun ein ungehinderter und dauerhafter Zugang für die Lieferung humanitärer Hilfe an die Zivilbevölkerung in Gaza, die unter den schrecklichen und inakzeptablen Folgen des Krieges leidet. Zudem muss mit der Hamas mit Nachdruck über die Freilassung der weiteren fast 200 israelischen Geiseln verhandelt werden. Beide Seiten müssen ihren Verpflichtungen aus dem humanitären Völkerrecht nachkommen.

Dr. Angelika Claußen



Hafenarbeiter streiken für den Frieden

Der Krieg beginnt hier“: Unter diesem Motto haben Hafenarbeiter im italienischen Genua am 11. November 2023 Waffenlieferungen nach Israel blockiert. Zum Protest gegen die „Kriegslogistik“ hatte das Kollektiv autonomer Hafenarbeiter (CALP) aufgerufen. Rund 500 Menschen beteiligten sich an der Aktion, neben den Hafenarbeitern auch zahlreiche Mitglieder der Basisgewerkschaft USB und des linken Parteienbündnisses Unione Popolare. Auch mehrere pazifistische Studierendenorganisationen waren dabei.

„Wir sind dem Aufruf der palästinensischen Gewerkschaften zur Blockade der Waffenlieferungen gefolgt und haben uns den Hafenarbeitern von Genua angeschlossen“, erklärten Giuliano Granato und Marta Collot, die beiden Co-Sprecher von „Potere al Popolo“, das zur Unione Popolare gehört, gegenüber der Jungen Welt. Solidarität dürfe sich nicht auf Worte beschränken, sondern müsse Initiativen hervorbringen, „die in der Lage sind, die Kriegsmechanismen zu stören, die den Tod nach Gaza bringen“.

Das Kollektiv autonomer Hafenarbeiter forderte in seinem Blockadeaufruf ein Ende aller Waffengeschäfte im Hafen und wies auf die Bedeutung des Ortes für andere Konflikte hin. Der Hafen von Genua gilt als wichtige Drehscheibe für europäische, vor allem aber deutsche Waffenlieferungen. Auch in anderen Ländern wie Spanien, Belgien, Australien und den USA weigerten sich Arbeiter*innen Waffen zu verladen.



Bundesregierung nimmt an der zweiten Staatenkonferenz teil

Deutschland wird als Beobachter an der zweiten Vertragsstaatenkonferenz des UN-Atomwaffenverbotsvertrags vom 27. November bis zum 1. Dezember 2023 in New York teilnehmen. Insgesamt 121.626 Unterschriften für den Beitritt Deutschlands zum UN-Atomwaffenverbot übergaben Aktivist*innen von der IPPNW, ICAN Deutschland und der Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“ Anfang November 2023 an das Auswärtige Amt. Der 2017 verabschiedete Vertrag wurde mittlerweile von 93 Staaten unterzeichnet und von 69 Staaten ratifiziert. Deutschland ist dem Vertrag bislang nicht beigetreten, nahm allerdings als Beobachter bereits an der Vertragsstaatenkonferenz 2022 teil.

Im Namen der drei Organisationen sagte Juliane Hauschulz (IPPNW): „Wir fordern die Bundesregierung auf, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten. Insbesondere an Außenministerin Annalena Baerbock haben wir hohe Erwartungen. Sie hat die ICAN-Abgeordnetenerklärung unterzeichnet und damit versprochen, auf einen deutschen Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag hinzuwirken. Jetzt wollen wir endlich Taten sehen!“

Die Unterstützer*innen des Appells an die Bundesregierung: „Unterzeichnen Sie das UN-Atomwaffenverbot!“ unterschreiben mit symbolisch den Vertrag und drücken damit ihren Willen aus, dass die Bundesrepublik dem Abkommen beitrifft. Die Organisationen IPPNW und ICAN Deutschland kündigten an, die Unterschriftenaktion fortzuführen, bis Deutschland dem Vertrag beigetreten ist.



Armenien und Aserbaidschan: Verhandlungen um Friedensvertrag

Zwischen Armenien und Aserbaidschan gibt es nach den Worten des armenischen Ministerpräsidenten Nikol Paschinjan eine Einigung auf die Grundsätze eines Friedensvertrages. Dazu hätten die Vermittlung von EU-Ratspräsident Charles Michel und seine eigenen Treffen mit dem aserbaidsschischen Präsidenten Ilham Aliyev in Brüssel beigetragen, sagte Paschinjan am 18. November 2023.

Bei der Eröffnung der Herbstsitzung der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in der armenischen Hauptstadt Eriwan hat Paschinjan Aserbaidschan gleichzeitig neue Kriegspläne vorgeworfen. „Uns scheint, dass Vorbereitungen zum Entfachen eines neuen Krieges, einer neuen militärischen Aggression gegen Armenien laufen“, sagte er.

Aserbaidschan hat die zwischen beiden Ländern umstrittene Region Bergkarabach Ende September 2023 nach heftigen Angriffen erobert. Aus Furcht vor aserbaidsschischer Gewalt an Zivilist*innen flohen etwa 120.000 Einwohner*innen der mehrheitlich armenischstämmigen Bevölkerung nach Armenien. Das Gebiet hatte sich in den 1990er Jahren in einem blutigen Bürgerkrieg von Aserbaidschan, losgelöst. Paschinjan beklagte, dass Baku weitere Eroberungen plane. Hintergrund dürfte der anhaltende Streit um die aserbaidsschische Exklave Nachitschewan sein. Die Region mit 400.000 Einwohner*innen wurde zu Beginn der Sowjetzeit Aserbaidschan zugeschlagen.



Organisationen beklagen institutionellen Rassismus

Anlässlich des Treffens des UN-Ausschusses zur Beseitigung rassistischer Diskriminierung (ICERD) vom 22.-24. November 2023 in Genf haben 22 Organisationen das mangelnde Tempo im Kampf gegen Rassismus kritisiert. In Deutschland bestehe kein hinreichender Schutz vor rassistischer Diskriminierung. Auch im Gesundheitsbereich komme es zu systematischer Benachteiligung.

Der unter der Federführung der Eberhard-Schultz-Stiftung für soziale Menschenrechte und Partizipation entstandene und von 21 weiteren Organisationen getragene Parallelbericht moniert, dass die Bundesregierung in ihrem Staatenbericht zentrale Aspekte rassistischer Diskriminierung nicht berücksichtige, etwa durch die fehlende Einbeziehung der Stimmen von schutzwürdigen Gruppen. Zudem habe es die Bundesregierung sträflich versäumt, den institutionellen Rassismus in allen verantwortlichen Institutionen zu untersuchen und zu bekämpfen.

Die IPPNW steuerte ihre Expertise in Form eines Kapitels zu „Diskriminierung im Gesundheitswesen“ zu. Geflüchtete und Migrant*innen seien von angemessener medizinischer Versorgung ausgeschlossen. Neben der Diskriminierung durch Gesundheitsfachkräfte und Sprachbarrieren seien es auch gesetzliche Bestimmungen, die diesen Zugang behindern und die Gesundheit gefährden. Die Rechtsansprüche auf gesundheitliche Versorgung im Asylbewerberleistungsgesetz lägen deutlich unter dem Niveau der gesetzlichen Krankenversicherung.



Climate Crossfire Report: NATO treibt die Klimakatastrophe voran

Wenn alle NATO-Mitglieder das Zwei-Prozent-Ziel einhalten, werden bis 2028 schätzungsweise 2,6 Billionen US-Dollar für das Militär ausgegeben – zusätzlich zu den ohnehin laufenden Militärausgaben. Diese Summe könnte die gesamten Kosten für die Anpassung an den Klimawandel für alle Länder mit niedrigerem und mittlerem Einkommen sieben Jahre lang abdecken. Bei Erfüllung des Zwei-Prozent-Ziels würde es außerdem zu zusätzlichen Treibhausgasemissionen in Höhe von schätzungsweise 467 Millionen Tonnen kommen – das ist in etwa so viel wie die Industrieländer Großbritannien oder Frankreich jedes Jahr ausstoßen.

Zu diesen Ergebnissen kommt die Studie „Climate Crossfire“, die vom Transnational Institute, Stop Wapenhandel und Tipping Point North South herausgegeben wurde, unterstützt durch die deutsche IPPNW. „Diese Studie zeigt, wo derzeit die politischen Prioritäten der Bundesregierung liegen – und wo nicht. Die Aufrüstung auf mindestens zwei Prozent des BIP steht in einem massiven Widerspruch zu dem eigenen Klimaziel, bis 2030 65 Prozent weniger CO₂ auszustoßen“, kritisiert die IPPNW-Vorsitzende Dr. Angelika Claußen.

Ein weiteres Problem: Die NATO-Mitglieder exportieren Waffen in 39 der 40 am meisten von der Klimakrise gefährdeten Länder und schüren damit Konflikte und Unterdrückung, die die Folgen des Klimazusammenbruchs noch verstärken.

Mehr Informationen:
ippnw.de/bit/climate-crossfire



Massenabschiebung von Afghan*innen aus Pakistan

Über als 300.000 Afghan*innen haben in den vergangenen Wochen Pakistan verlassen. Anfang Oktober hatte die pakistanische Regierung angekündigt, Flüchtlinge ohne Aufenthaltsstatus abzuschieben. Sie hatte ihnen eine Frist bis zum 1. November 2023 zur „freiwilligen Ausreise“ gesetzt. Die Maßnahme zielt vor allem auf Afghan*innen, die in Pakistan den größten Anteil von Migrant*innen ausmachen. Nach Regierungsangaben leben etwa 4,4 Millionen afghanische Geflüchtete im Land, 1,7 Millionen davon ohne gültige Papiere.

Offiziell gibt die Regierung in Islamabad Sicherheitsbedenken als Grund für die Abschiebungskampagne an, die nur wenige Monate vor der Parlamentswahl im Februar 2024 stattfindet. Das Land kämpft neben einer schweren Wirtschaftskrise derzeit mit einem Erstarken der pakistanischen Taliban und macht dafür auch unregistrierte Flüchtlinge verantwortlich. Menschenrechtler*innen werfen Behörden vor, mit Razzien und Verhaftungen auch gegen Afghan*innen vorzugehen, die in dem Land registriert seien. Laut Amnesty international drohen den Geflüchteten bei ihrer Ankunft Schikane und Menschenrechtsverletzungen durch die Taliban. Die Menschenrechtsorganisation kritisiert das völlige Fehlen von Transparenz, von ordnungsgemäßen Verfahren und Rechenschaftspflicht bei den Inhaftierungen und Abschiebungen. Dies würde durch die zunehmenden Anfeindungen gegen afghanische Flüchtlinge in Pakistan noch verschärft.



PROTEST VOR DEM HAUPTQUARTIER DER ISRAELISCHEN ARMEE IN TEL AVIV.

Die IPPNW fordert einen sofortigen Waffenstillstand

Aus der Erklärung der Internationalen IPPNW zum Krieg in Israel–Palästina

Unser Ziel sind die Gesundheit, der Frieden und die Sicherheit aller Menschen. [...] Unser Beruf ist tief in unserer ethischen Verpflichtung verwurzelt, allen Menschen auf der Grundlage ihrer gemeinsamen Menschlichkeit und ihrer Bedürfnisse zu helfen.

Wir sind zutiefst beunruhigt über die anhaltende Gewalt, die bisher mehr als 1.200 Israelis und mehr als 11.000 Palästinenser*innen in Gaza das Leben gekostet hat, fast 70 % davon Frauen und Kinder. [...] WHO-Generaldirektor Dr. Ghebreyesus sagte am 10. November 2023 vor dem UN-Sicherheitsrat aus, dass die WHO seit dem 7. Oktober mehr als 250 Angriffe auf die Gesundheitsversorgung im Gazastreifen und im Westjordanland sowie 25 Angriffe auf die Gesundheitsversorgung in Israel – Krankenhäuser, Kliniken, Patient*innen, Krankenwagen – festgestellt hat. Letzte Woche dokumentierte die WHO fünf Angriffe auf fünf Krankenhäuser an einem Tag. Allein in den letzten 48 Stunden seien vier Krankenhäuser mit 430 Betten außer Betrieb gesetzt worden. Seit dem 21. Oktober sind statt der 10.000 Lastwagen, die normalerweise lebenswichtige Güter nach Gaza bringen, nur 650 eingetroffen.

Dr. Ghebreyesus beschrieb: Krankenhausflure „überfüllt mit Verletzten, Kranken und Sterbenden“ – Überfüllte Leichen-

hallen – Operationen ohne Anästhesie – Zehntausende von Vertriebenen, die in Krankenhäusern untergebracht sind – Familien, die in überfüllten Schulen eingepfercht sind und verzweifelt nach Nahrung und Wasser suchen.

Die physischen, psychischen und sozialen Gesundheitsfolgen dieses Krieges werden schwerwiegend und langanhaltend sein. Dazu gehören die Ausbreitung von Atemwegserkrankungen, einschließlich Tuberkulose, Durchfall- und Hauterkrankungen aufgrund unhygienischer Bedingungen, Herz-Kreislauf-, Nieren- und Harnwegserkrankungen in Verbindung mit unzureichender Wasserversorgung, Unterernährung, die das Wachstum und die Entwicklung von Kindern beeinträchtigt und die Anfälligkeit der Menschen für Infektionskrankheiten und chronische Krankheiten erhöht. Hinzu kommen schwere psychische Erkrankungen und Entwicklungsstörungen infolge von Trauer, anhaltenden Traumata und Unsicherheit, Angst, Verlust und Entbehrungen sowie einer ungewissen Zukunft. Sie kommen zu dem zivilen Leid hinzu, das Israelis und Palästinenser durch Terroranschläge, mehrere frühere Kriege, Enteignungen und die anhaltenden Entbehrungen, Härten und Menschenrechtsverletzungen der israelischen Besatzung des Gazastreifens erlitten haben, und verschlimmern es noch.

Wir bringen unsere Unterstützung und tiefe Dankbarkeit und Besorgnis für unsere

Kolleginnen und Kollegen aus dem Gesundheitswesen in Gaza zum Ausdruck, die körperlich und geistig erschöpft sind, sich großen Gefahren aussetzen und unter unvorstellbaren und unerträglichen Bedingungen ihr Bestes geben.

Wir sind zutiefst beunruhigt über die unverantwortliche Drohung des israelischen Heimatministers mit dem Einsatz von Atomwaffen. Dieser Krieg hat sich bereits auf den Libanon, Syrien und Jemen ausgeweitet, wobei zusätzlich zu den israelischen Atomwaffen auch nuklearfähige US-Streitkräfte in der Region stationiert sind. Die Gefahr, dass dieser Krieg unkontrolliert eskaliert und zum Einsatz von Atomwaffen führt, ist eine reale Gefahr.

Wir unterstützen nachdrücklich die Forderungen der UN-Generalversammlung und des UN-Generalsekretärs sowie von Hilfsorganisationen nach einem sofortigen humanitären Waffenstillstand, nach der sofortigen und bedingungslosen Freilassung aller von der Hamas als Geiseln gehaltenen Zivilist*innen, von denen viele dringend medizinische Hilfe benötigen, und nach dem Schutz von Zivilbevölkerung und ziviler Infrastruktur. [...]

Dies ist ein Auszug aus der Erklärung „IPPNW calls for immediate humanitarian ceasefire in Israel-Palestine war“ vom 14. November 2023. Die vollständige Erklärung finden Sie hier: ipnw.de/bit/nahost Siehe auch Forum intern S. 7



Inmitten des Schreckens liegt eine Chance für den Frieden

Erklärung der Herausgeber des Palestine-Israel Journal

Wir, Israelis und Palästinenser*innen, die sich gemeinsam für Versöhnung und Frieden einsetzen, sind entsetzt über den tragischen Krieg, der zwischen unseren beiden Völkern herrscht.

Die Israelis waren schockiert und entsetzt über den bössartigen Angriff der Hamas auf den Süden Israels am 7. Oktober, bei dem über 1.400 Menschen, hauptsächlich Zivilist*innen, darunter Frauen und Kinder, getötet und mehr als 200, darunter Säuglinge und ältere Menschen, als Geiseln genommen wurden. Aus dem Gazastreifen werden weiterhin Raketen und Flugkörper auf israelische Städte abgefeuert, die das tägliche Leben stören und Schäden und Opfer verursachen. An der Nordgrenze Israels kommt es zu Gefechten, während die Hisbollah ihre Optionen abwägt, was die Alarmbereitschaft erhöht und die Angst vor einer regionalen Eskalation schürt.

Die Palästinenser*innen sind erschüttert über die israelische Vergeltung für den Angriff, bei dem bis Ende Oktober etwa 10.000 Palästinenser, die meisten von ihnen Zivilisten, darunter 2.000 Frauen und 4.000 Kinder, getötet und etwa 25.000 verletzt wurden, die meisten von ihnen schwer oder lebensgefährlich. Die Lage ist katastrophal, weil es an Medikamenten und medizinischer Versorgung, Lebensmitteln, Wasser, Treibstoff und Strom mangelt.

Während die Aufmerksamkeit auf den Gazastreifen gelenkt wird, setzt die israelische Armee ihre Operationen gegen die Palästinenser*innen im Westjordanland fort, und die Gewalt der Siedler*innen ist ungebremst. Zwischen dem 7. und 27. Oktober wurden mehr als 110 Palästinenser*innen getötet und etwa 1.700 verhaftet. Nach Angaben von Al

Jazeera hat sich die Zahl der palästinensischen Gefangenen in Israel seit Beginn des Krieges auf etwa 10.000 verdoppelt. Mehr als 100.000 Israelis, insbesondere aus den südlichen Kibbuzim, haben ihre Häuser verloren oder mussten sie aufgrund der Kämpfe verlassen und sind zu Flüchtlingen geworden. Im Gazastreifen wurden über eine Million Palästinenser*innen durch die Zerstörung Zehntausender Wohnhäuser zu Flüchtlingen, und seit dem 29. Oktober werden fast 2.000 Palästinenser*innen unter den Trümmern vermisst. Der Tod und die Vertreibung auf beiden Seiten rufen bei den Israelis Bilder des Holocaust und bei den Palästinensern die Gefahr einer zweiten Nakba hervor und treiben sie weiter auseinander, da historische Traumata an die Oberfläche kommen.

Wir verurteilen alle Angriffe auf Zivilist*innen auf das Schärfste. Gezielte Angriffe auf Zivilist*innen, unabhängig von ihrer Religion, Ethnie oder Nationalität, ist ein Kriegsverbrechen im Sinne des internationalen Gewohnheitsrechts, des humanitären Rechts und der internationalen Konventionen und muss sofort eingestellt werden. Solange die Kämpfe andauern, müssen sich beide Seiten an die Regeln der Kriegsführung halten. Inmitten all dieses Schreckens bleiben wir unserer Überzeugung treu, dass Gewalt, egal von welcher Seite, keine Lösung ist, und wir sehen in dieser Krise eine Chance für neues Denken und Handeln.

Der Krieg von 1973 hat die seit 1967 geltenden konventionellen Ansichten über die Region erschüttert und schließlich zum Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten geführt. Im Interesse beider Völker, der Sicherheit der Region und der Stabilität der Welt insgesamt müssen wir alles Notwendige tun, um sicherzustellen, dass dieser aktuelle, tragische Krieg zu einer friedlichen Lösung des israelisch-

palästinensischen Konflikts führt, die das gegenseitige Recht auf nationale Selbstbestimmung und die Errichtung eines lebensfähigen, souveränen Staates Palästina auf der Grundlage der Linien vom 4. Juni 1967 verwirklicht, der in Frieden und Harmonie neben dem Staat Israel lebt.

Das Versäumnis der internationalen Gemeinschaft, eine aktive Rolle bei der Sicherung einer politischen Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts zu übernehmen, die die Besatzung beenden und eine neue Realität auf der Grundlage der Zweistaatenlösung schaffen würde, hat zum Fortbestehen des Konflikts und zu Gewalt und Leid auf beiden Seiten beigetragen.

Wir rufen die internationale Gemeinschaft auf, bei der Aushandlung eines sofortigen humanitären Waffenstillstands zu helfen, der den Fluss humanitärer Hilfe zur Zivilbevölkerung im Gazastreifen ermöglicht. Wir rufen auch dazu auf, sich für die Freilassung aller israelischen Geiseln im Austausch gegen alle palästinensischen Gefangenen in israelischen Gefängnissen einzusetzen. Darüber hinaus fordern wir ein sofortiges internationales Engagement zur Vorbereitung einer neuen Nachkriegsrealität im Gazastreifen mit einem Mechanismus, der darauf abzielt, den Gazastreifen schließlich mit dem Westjordanland unter palästinensischer Verwaltung zu vereinen. [...]

Mehr unter: www.pij.org

Veröffentlicht Anfang November 2023.

Hillel Shenker und Ziad Abu Zayyad geben das Palestine-Israel Journal in Tel Aviv heraus.



Waffenstillstand in der Ukraine – Chancen und Hindernisse

Vorgeschichte und Problemlösung

„Both Ukraine and Russia have lost enough blood that their populations are likely to oppose any effort to give the other side any portion of what it wants.“ Jack F. Matlock Jr, 17. 10. 2022

Zum Weltfriedenstag am 21. September 2023 hat die IPPNW ihr Papier „Waffenstillstand und Frieden für die Ukraine“ aktualisiert und in der fünften Auflage herausgegeben. Bereits im Oktober 2022 beschrieb der Diplomat Jack Matlock mit dem obigen Zitat ein bedeutsames Hindernis auf dem Weg zu Waffenstillstand und Frieden. Wir haben in unserer damaligen Auflage geschrieben: „Wir sehen dieses Dilemma – und betrachten es angesichts des Risikos eines Atomkrieges weiterhin und umso dringlicher als unsere Aufgabe, nach Möglichkeiten für einen Waffenstillstand und Verhandlungen zu suchen“.

In diesem Artikel soll ohne Anspruch auf Vollständigkeit ein Blick auf einige Hindernisse geworfen werden, die einem Waffenstillstand im Wege stehen. Dazu zählen Kriegsfolgen wie von Matlock genannt, ebenso Eskalationsschritte, die der Kriegslogik folgen, der Angriff Russlands auf die Ukraine als solcher – nicht zuletzt aber auch die komplexen Konfliktursachen, die sich über Jahrzehnte entwickelt haben. Wichtig ist, bei der Analyse und Bewertung verschiedene Kategorien wie Schuld, Verantwortung und Kausalität zu unterscheiden.

Matlock urteilte im Oktober 2022, auch die russische Annexion von vier weiteren ukrainischen Provinzen würde Kompromisslösungen verhindern, die zuvor möglich waren. Die Regierungen sowohl Russlands als auch der Ukraine hätten

sich unmögliche Ziele gesetzt. Als weiteres Hindernis nannte er die Anschläge auf die beiden North Stream Pipelines, die verhindern würden, dass Russland wieder zum wichtigsten Energielieferanten für Deutschland werden könnte.

Die Dynamik der Kriegslogik beschreibt Jürgen Scheffran: „Um wachsende Kosten und Opfer zu rechtfertigen, steigt der Druck, den Krieg zu gewinnen und der gegnerischen Seite eine Niederlage zu bereiten ...“. Hardliner können aus wirtschaftlichen, politischen oder militärischen Motiven unter Umständen gewaltsame Mittel einsetzen, um Friedensprozesse zu untergraben. So wurde ein Berater von Präsident Selenskyj, der den Auftrag hatte, einen Dialog und Versöhnung zwischen Ost- und Westukrainern einzuleiten, von nationalistischen Kräften angegriffen und sein Leben bedroht. Mit Blick auf Russland sagt Sabine Fischer (SWP), Putin könne den Krieg nicht ohne Sieg beenden, „ohne dass er sich selbst und sein Regime in existentielle Gefahr bringt“.

Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands muss im Kontext seiner komplexen Vorgeschichte gesehen werden, wenn es darum geht, Problemlösungen für die zugrunde liegenden Konflikte zu entwickeln. Der Konflikt- und Friedensforscher Günther Baechler beleuchtet Voraussetzungen und Folgen der gewaltsamen Eskalation in seinem Artikel „Verhandeln ja, aber wann und wie?“. „Wären die Bedingungen

für eine friedliche Lösung in einem Konfliktsystem bereits vor der Eskalation vorhanden gewesen, dann wäre es gar nicht erst zum Gewaltausbruch gekommen. [...] Wenn aber die Bedingungen für einen Dialog vor einer Eskalation nicht gegeben sind, dann sind sie es in der Regel nach dem Überschreiten der Gewaltschwelle noch weniger.“

Was also hat für eine friedliche Lösung vor dem 24. Februar 2022 gefehlt? Die Vorgeschichte des Konflikts kann und darf bei der Suche nach einem Waffenstillstand und nach einer langfristigen Friedensordnung nicht ausgeblendet werden. Die Vorgeschichte zu verstehen heißt nicht, den Angriff zu rechtfertigen. Die Entstehung von Konflikten ist entsprechend der Friedenslogik als komplex aufzufassen. Folgen wir dem Friedensgutachten 2022, werden im wesentlichen zwei Erklärungsmuster beschrieben: „Die erste Position behauptet, der Westen habe sein Versprechen gebrochen, nach Ende des Ost-West-Konflikts die NATO nicht nach Osten auszudehnen. Der Krieg sei eine absehbare (wenn auch nicht legitime) Reaktion Russlands auf den einseitigen Machtgewinn des Westens gewesen. Warnungen habe es genug gegeben.“ Die andere Position laute, „Russland lasse sich aufgrund seines autoritären politischen Systems und seiner geopolitischen Interessen nicht in ein System kooperativer Sicherheit integrieren“, und Russland würde möglicherweise eine imperiale Politik verfolgen. Als Beleg wird z.B. Putins Artikel „Über die historische Einheit der Russen und Ukrainer“ genannt. Das Ringen um die NATO-Osterweiterung seit Januar 1990 und die später gebrochenen Zusagen, „nichts dergleichen werde geschehen“, sind vielfach beschrieben. Zur Vollständigkeit sei



erwähnt, dass es ein Spektrum weiterer Erklärungsversuche gibt, von einer Besessenheit Putins bis zu innenpolitischen Konflikten der Ukraine.

Die NATO-Osterweiterung und ein neuer Nationalismus in Russland werden oft als kontroverse Narrative aufgefasst, aber wahrscheinlich hängt beides zusammen. 1997 prognostizierte der Diplomat und Historiker George F. Kennan: „Es ist zu erwarten, dass eine solche Entscheidung die nationalistischen, antiwestlichen und militaristischen Tendenzen in der russischen Öffentlichkeit anheizen [...] und die russische Außenpolitik in eine Richtung lenken wird, die uns entschieden missfallen wird.“

Die ungelösten Konflikte der Vorgesichte, die bis in die 90er Jahre und in Teilen weiter zurückreichen, haben sich auch in den letzten Wochen vor dem 24. Februar 2022 als Hindernis für eine friedliche Lösung erwiesen. Sie werden den Weg zu einem Waffenstillstand und zu Friedensverhandlungen auch weiter erschweren, solange sie unberücksichtigt bleiben.

„Die offiziellen Konfliktpunkte lagen spätestens Mitte Dezember 2021 auf dem Tisch“, so die vier führenden deutschen Friedens- und Konfliktforschungsinstitute in ihrem Friedensgutachten 2022. Die russische Führung forderte eine vertragliche Vereinbarung mit den USA und der NATO über eine Neuordnung der europäischen Sicherheit. „Bei der NATO und den USA stießen diese Forderungen unter Verweis auf das Recht auf freie Bündniswahl [...] auf Ablehnung.“

Dass den Verantwortlichen in den USA und in der NATO bewusst war, mit dieser Haltung einen Krieg zu riskieren, wird durch die öffentliche Debatte in den USA deutlich. „The strategic case for risking war in Ukraine“ war der Titel eines Mei-

nungsartikels im Wall Street Journal am 22. Dezember 2021. Darin forderte John Deni vom US Army War College die USA auf, „in diplomatischen Gesprächen eine harte Haltung einzunehmen“, denn „wenn Putins Streitkräfte einmarschieren, wird Russland wahrscheinlich langfristige, ernsthafte und sogar schwächende strategische Verluste erleiden“.

Bereits 2019 hatte die RAND Corporation die Studie „Overextending and Unbalancing Russia“ veröffentlicht, mit acht ausgewählten Handlungsempfehlungen und einem Hinweis auf das Risiko, das „mit einem nuklear bewaffneten Gegner verbunden ist.“ An dieser Haltung hat sich auch eineinhalb Jahre nach der Invasion Russlands in die Ukraine nichts geändert.

Im Harper’s Magazine 6/2023 heißt es: „Washington’s [...] goal is to weaken Russia militarily“, und die US-Unterstützung für die Rückeroberung des gesamten Territoriums der Ukraine sowie das 15-jährige Versprechen auf NATO-Mitgliedschaft seien „ein großes Hindernis für die Beendigung des Krieges.“ Es wird an die Kubakrise erinnert, aber „compromise, the virtue of the old diplomacy, becomes the treason of the new.“ Für die Autoren handelt es sich um einen Stellvertreterkrieg, der „vom Washington des Kalten Krieges gemieden worden“ wäre. Der republikanische Senator Mitt Romney hält die Finanzierung des Ukrainekrieges für „die besten Ausgaben für die Landesverteidigung“ und bringt es so auf den Punkt: „Wir verlieren in der Ukraine keine Menschenleben, und die Ukrainer kämpfen heldenhaft gegen Russland.“ Auf einer anderen Ebene ist

häufig der „Gesichtsverlust“ ein Hindernis für friedliche Lösungen.

Eine Woche nach der Invasion Russlands in die Ukraine wurde auf MSNBC die Frage aufgeworfen, ob angesichts der zahlreichen Beweise, dass die NATO Moskau nachhaltig beunruhigt hätte, die strategische Haltung der USA nicht nur unvorsichtig, sondern fahrlässig gewesen sei. „Die westlichen Regierungen wollten ihr Gesicht nicht verlieren, indem sie einen Kompromiss mit Russland eingehen“, so Anatol Lieven vom Quincy Institute for Responsible Statecraft. Und Andreas Zumach im September 2023: „Mit den politischen Bekenntnissen des NATO-Gipfels in Vilnius zu einer künftigen Mitgliedschaft der Ukraine ist eine Kurskorrektur in dieser Frage noch schwieriger geworden, da die Sorge vor einem Gesichtsverlust der Regierungen in Kiew und in den Hauptstädten der NATO-Staaten gewachsen sein dürfte.“

Die Chancen für einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen liegen in einer gelungenen Mediation, die die Hindernisse kennt und berücksichtigt.

**Quellen zum Artikel: ippnw.de/bit/chancen
IPPNW-Waffenstillstandspapier als PDF:
ippnw.de/bit/waffenstillstand**



Ralph Urban ist Mitglied im Vorstand der deutschen IPPNW.

Atomare Mythen entlarven

Mit einem Dokumentarfilm klärt Filmemacherin Jan Haaken über Mini-AKW's auf

Ihr Dokumentarfilm „Atomic Bamboozle“ befasst sich mit der „Neuverpackung“ der Atomenergie in Form von kleinen modularen Reaktoren (SMR). Worum geht es?

Die wichtigsten und immer wiederkehrenden Probleme der Atomenergie sind ungelöst, daran ändern sich durch die SMR nichts – Konzepte in verschiedenen Entwicklungsstadien, die weniger als 300 MW pro Einheit erzeugen würden, was etwa einem Drittel der Kapazität herkömmlicher Reaktoren entspricht. Das modulare Konzept sieht vor, sie in Fabriken zu bauen und dann weitere SMR-Einheiten zu verkaufen. Die Werbung für SMRs hat eine Aura von irreführender Verspieltheit. Die Entwürfe sehen aus wie Lego-Baukästen und distanzieren sich in ihrer Bildsprache bewusst von den alten Reaktortürmen. Trotz öffentlichkeitswirksamer Katastrophen wie in Hanford im US-Bundesstaat Washington und in Fukushima in Japan weist die Atomindustrie nach einigen Maßstäben eine gute Sicherheitsbilanz auf. Dabei bleibt jedoch unberücksichtigt, dass die Abfälle dauerhaft bleiben, dass Unfälle Ökosysteme wie den Columbia River schädigen können und dass die Gemeinden in der Nähe der Reaktoren und der Abfalllager – häufig indigene Völker – die Kosten tragen müssen. Hinzu kommt, dass Unfälle in Atomenergiewerken weitaus häufiger vorkommen, als die öffentlichkeitswirksamen Katastrophen vermuten lassen.

Am kritischsten ist vielleicht, dass die USA der Einrichtung eines Endlagers für Atom-müll nicht näher gekommen sind als vor einem halben Jahrhundert. Inzwischen erklären Experten wie der Geochemiker Lindsay Krall, dass Kernreaktoren mehr Abfall pro Megawattstunde produzieren als große Reaktoren.

„Wir brauchen alle verfügbaren Werkzeuge gegen die Klimakrise“, Befürworter*innen der Atomenergie wiederholen diesen Satz wie ein Mantra.

Die Klimakrise ist ein planetarer Notfall. Ich verstehe, wie verzweifelt die Menschen angesichts der Klimakrise sind, aber der unternehmerische und staatliche Vorstoß in Richtung Atomkraft erinnert mich an magisches Denken. In schwierigen Krisensituationen sind die Menschen sehr empfänglich für Technologien, die durch ihren Glanz und die Aura futuristischer Möglichkeiten bestechen. Umweltschutz und erneuerbare Energien sind nicht so sexy wie das Branding von „Tomorrowland“, aber sie sind die Antworten, die wir brauchen. Die Atomenergie hat eine leidvolle Geschichte. Ich weiß noch, wie die Anti-Atom-Bewegung für die Abschaltung des Trojan-Reaktors in Oregon kämpften, der dann 1992 nach jahrzehntelangen Protesten stillgelegt wurde. Der Vorstoß für neue atomare Projekte nutzt eine „Generationsamnesie“ aus und spricht Millennials an, die mit dem öffentlichen Diskurs über die Klimakrise aufgewachsen sind, aber nicht mit Themen wie Atomunfälle oder Atomwaffen.

Mit „Atomic Bamboozle“ wollte ich ein Stück dieser historischen Erinnerung in das Medium des Dokumentarfilms bringen. Die Geschichte der Atomindustrie wird im öffentlichen Bewusstsein immer wieder „verdrängt“ – eine Form des Vergessens, die von der Atomindustrie selbst und ihren staatlichen Unterstützern gefördert wird.

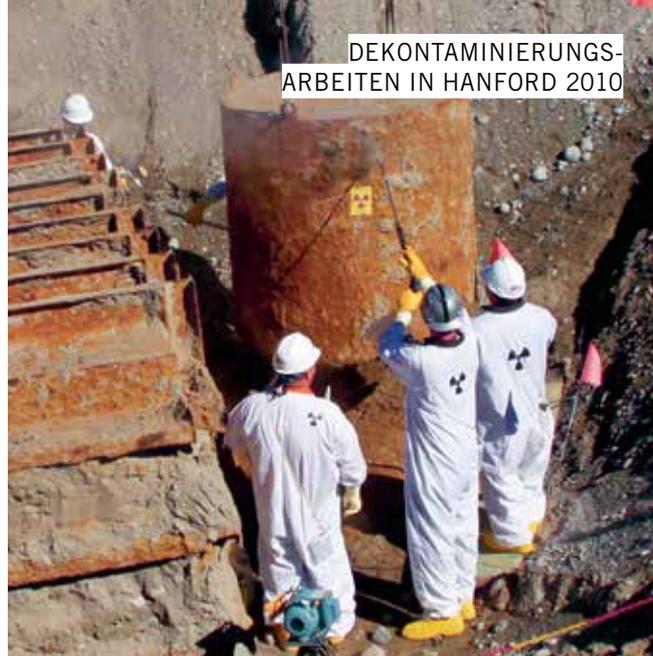
Was hat Sie zu diesem Film inspiriert?

Ich habe Anfang 2022 mit der Arbeit an „Atomic Bamboozle“ begonnen, nachdem die indigenen Anführer*innen, die in meinem Dokumentarfilm „Necessity“ über den Klimanotstand zu sehen waren, meine Neugier geweckt hatten. Damals sprach Cathy Sampson-Kruse, eine Aktivistin der Stämme des Umatilla-Reservats, über die Gefahren der Atomkraft und fossiler Brennstoffe. Sie hatte aus nächster Nähe miterlebt, was die andauernde Katastrophe in Hanford für Land, Wasser, Wildtiere und indigene Stämme am Columbia River angerichtet hatte.

Die auffällige Werbung für SMR in Verbindung mit jungen und modernen Technologien hat mich dann veranlasst, öffentliche Berichte zu lesen und Regierungsbehörden und Ingenieur*innen zu befragen. Es hatte einen starken Beigeschmack von Propaganda, die von den Befürworter*innen der Atomenergie dominiert wurde. Meiner Meinung nach sind Propagandasprüche solche, die Probleme, die durch ihre Produkte aufgeworfen werden, entweder leugnen oder herunterspielen. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass Unternehmen, die an der Entwicklung von AKW beteiligt sind, sehr wenig Interesse daran haben, auf die Bedenken der Öffentlichkeit einzugehen. Deshalb hielt ich es für wichtig, zu intervenieren. Ich wollte zeigen, wie die Unternehmen selbst für ihre Produkte werben und den Bedenken der Öffentlichkeit eine Stimme geben, die von der Industrie weitgehend abgetan wurden. In dem Film greift Dr. M.V. Ramana, Physiker, Professor und internationaler Experte für Atomenergie und Kernreaktoren, vier kritische Probleme mit Kernreaktoren auf: Kosten, Unfälle, Abfall und Verbreitung.



HANFORD-ATOMKOMPLEX AM COLUMBIA RIVER (1960):
HIER WURDE SOWOHL PLUTONIUM FÜR ATOMWAFFEN
ALS AUCH STROM PRODUZIERT.



DEKONTAMINIERUNGS-
ARBEITEN IN HANFORD 2010

Wie ist der aktuelle Stand der SMR-Zulassungen in den USA?

Die SMR befinden sich in unterschiedlichen Planungsphasen, die eine umfangreiche behördliche Prüfung auf Bundesebene beinhalten. Sie sind noch viele Jahre davon entfernt, Realität zu werden. Während der letzten Legislaturperiode hier in Oregon wurden fünf Gesetzentwürfe im Zusammenhang mit der Atomenergie eingebracht, von denen zwei darauf abzielen, das Moratorium von 1980 gegen den Bau neuer Anlagen in Oregon aufzuheben, bis ein Endlager auf Bundesebene bestätigt ist.

Die Befürworter dieser Gesetzentwürfe konnten sie nicht durchsetzen, obwohl die Vorschläge zur Förderung dieser Industrie hier und anderswo unvermindert weitergehen. Letztes Jahr wurden in 19 Bundesstaaten Gesetze zur Förderung von Atomenergieanlagen verabschiedet, die auch den Bau auf Altlasten untersuchen, die von Kohle-, Öl- oder Gasunternehmen hinterlassen wurden. Außerdem wird politischer Druck auf die Atomaufsichtsbehörde ausgeübt, um die Sicherheitsvorschriften und Anforderungen für Notfallzonen um AKW zu lockern, mit der Behauptung, dass diese völlig sicher sein werden – eine Behauptung, die eher auf Wunschdenken als auf wissenschaftlichen Daten beruht.

Wo zeigen Sie den Film gerade und wie sind die bisherigen Reaktionen?

Der Film ist im März 2023 fertig geworden. Wir haben ihn in Kinos im pazifischen Nordwesten und in Illinois sowie online gezeigt. Eine nationale Gruppe des Sierra Club in den USA hatte kürzlich eine virtuelle Vorführung und eine Podiumsdiskus-

sion, um die Anti-Atom-Arbeit zu fördern. Unsere Strategie ist es, den Film für Veranstaltungen von Basisorganisationen und Schulen zur Verfügung zu stellen und als Forum für öffentliche Diskussionen zu nutzen. Letzten Monat wurde ich von der estnischen „grünen Bewegung“ eingeladen, den Film in einem Kino in Tallin zu zeigen.

Da ich in meinem Berufsleben hauptsächlich als Pädagogin tätig war, finde ich diesen partizipativen Aspekt des Dokumentarfilms am befriedigendsten. Das Theater wird zu einer Art Klassenzimmer und die im Film erzählte Geschichte wird zu einem Medium für tieferes Denken und Dialog. Selbst Atomkraftbefürworter*innen, die an den Vorführungen teilgenommen haben, waren in der Regel sehr respektvoll. Aber noch wichtiger war mir, dass der Dokumentarfilm eine scheinbar tote Geschichte mit den lebendigen Fragen unserer Zeit verbindet. Ich wollte auch einen Film machen, der ästhetisch befriedigend ist – der visuell etwas von dem Reichtum und der Schönheit dieser Region einfängt – von Land und Wasser, die zu schützen unsere moralische Verpflichtung ist.

Wie greift Ihr Film die Beziehung zwischen Atomkraft und Atomwaffen auf?

Ich denke, es ist wichtig, diese miteinander verflochtenen Geschichten in Dokumentarfilme einzubringen, die sich nicht explizit auf die Schrecken der Atombombe oder die anhaltende Bedrohung durch Atomwaffen konzentrieren. In „Atomic Bamboozle“ unterbrechen wir das fröhliche Gerede von der nuklearen „Renaissance“ mit Clips, die einen Teil der Geschichte über die Ursprünge der Atomenergie erzählen.

Die Geschichte des Manhattan-Projekts in der Hanford Nuclear Reservation wird aus der Perspektive von Dr. Russell Jim erzählt, einem beliebten Ältesten der Yakama Nation, der sich gegen die Versuche der Bundesregierung wehrte, in Hanford ein geologisches Tiefenlager einzurichten. Wir zeigen Ausschnitte aus der Disney-Fernsehsendung „My Friend the Atom“ aus den 1950er Jahren, in der der Wissenschaftler die Atombombe als „schreckliche Energieverschwendung“ bezeichnet und erklärt, wie es der Wissenschaft gelang, „den Geist wieder in die Flasche zu stecken“. Diese und andere Ausschnitte, darunter John F. Kennedys Rede in Hanford in den frühen 1960er Jahren, machen die Hybris und imperiale Mentalität deutlich, die hinter der Förderung der Atomenergie durch die USA stehen. Bei der Erörterung der Probleme mit der Atomenergie geht der Physiker M.V. Ramana auf das Problem der Weiterverbreitung ein, das bei SMR noch akuter ist als bei konventionellen Reaktoren, da sie als äußerst mobil und als Rettung für abgelegene Gemeinden verkauft werden.

Mehr Infos: atomicbamboozle.com.
Die Website von Jan Haaken finden Sie unter: www.jhaaken.com

Jan Haaken ist emeritierte Professorin für Psychologie an der Portland State University und Dokumentarfilmerin.



Zur transgenerationalen Vererbbarkeit strahlenverursachter Mutationen beim Menschen

Eine Stellungnahme des IPPNW-Arbeitskreises Atomenergie

Als IPPNW Deutschland haben wir wiederholt und prominent über die Krankheitsfolgen ionisierender Strahlung (Tschernobyl-Report, Fukushima-Report) publiziert, in einem weiten klinischen Feld von Krebs- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen über Fehlbildungen, Säuglingssterblichkeit oder Totgeburten.

Überwiegend betreffen die nicht reparierten und damit vererbaren Mutationen die männliche Spermatogenese, deren strahlungsempfindlichste Stadien bei einem Zeitraum von neun Wochen vor der Empfängnis liegen. Deutlich weniger empfindlich für Mutationen ist die Oogenese, hier ist das strahlenempfindliche Stadium für die Zeit kurz vor der Konzeption beschrieben.

Das Mutationsrisiko wird seitens der IRCP mit einem Wert von 0,2 %/Sievert als sehr gering betrachtet – diese Risikobewertung wird von zahlreichen Autor*innen, auf die sich die IPPNW fachlich bezieht, als Unterschätzung kritisiert.

Gleichwohl hat sich ein epidemiologischer Nachweis beim Menschen mit statistisch signifikanter Güte und allgemeiner wissenschaftlicher Anerkennung bisher nicht finden lassen (Report of the United Nations Scientific Committee on the Effects of Atomic Radiation, 2010).

Die neuen technologischen Möglichkeiten der Genomanalyse, wie von Yeager angewandt, können prinzipiell die Diskussion versachlichen helfen und einen neuen „state of the art“ und damit einen Erkenntnisgewinn ermöglichen.

Kritik an der Arbeit von Yeager et al.

Die von Yeager et al. verwendete molekulargenetische Methodik („Whole genome short-read sequencing“) ist für die Fragestellung nicht optimal, da es die zu erwartenden, strahleninduzierten molekularen

Ob strahlungsverursachte Mutationen bzw. die durch sie verursachten Krankheiten transgenerational vererbbar seien, wie wir es als IPPNW bisher vertreten haben, ist nun erneut Gegenstand der Diskussion geworden. In einer in „Science“ publizierten Studie von Yeager et al. (2021) schlossen die Autor*innen aus ihren Ergebnissen, dass Kinder von Eltern, die einer niedrigen Strahlungs-dosis ausgesetzt waren, keine vermehrten, ererbten Mutationen zeigen – es also keine relevante transgenerationale Vererbbarkeit von strahleninduzierten Mutationen gäbe. In dieser Veröffentlichung wurde das Genom von Kindern von durch den Atomunfall in Tschernobyl verstrahlten Eltern mit einer neuen Technik („whole genome short-read sequencing“) untersucht. Es wurden sogenannte De-novo-Mutationen (DNM) bei 130 Kindern aus 105 Mutter-Vater-Paaren mittels Sequenzierung des gesamten Genoms detektiert.

Nach der Studienveröffentlichung kritisierte der Berliner „Tagesspiegel“ daraufhin explizit die Position der IPPNW als „Mutmaßung und voreiligen Schluss“ und rückte damit unsere Veröffentlichungen in die Nähe von unwissenschaftlicher Angstmacherei und Fake-News.

Der Arbeitskreis Atomenergie der IPPNW hat sich seit 2021 nun vielfältig mit dieser wissenschaftlichen Fragestellung beschäftigt. Dieser Text stellt eine Zusammenfassung unserer Diskussionen dar und soll eine fundierte Antwort vorbereiten.

Stand der Forschung

Es ist breit wissenschaftlich anerkannt, dass ionisierende Strahlung zu Mutationen in der Keimbahn führen kann – zahlreiche Tierversuche haben dies, bei unterschiedlicher Bestrahlungsdosis, aufgezeigt. Selbst die Internationale Strahlenschutzkommission (IRCP), die wir als IPPNW mehrfach als interessensgeleitete, der Atomlobby nahestehende Institution demaskiert haben, erwartet deshalb prinzipiell eine mögliche transgenerationale Weitergabe durch Strahlung erworbener Mutationen auch beim Menschen.

Es sind aber etwa fünf verschiedene zelluläre Reparatur- und Exit-Mechanismen beim Menschen bekannt, welche die eingetretenen Strahlenschädigungen in einem hohen Maße korrigieren können. Darüber hinaus ist ein gewisser Grad der Genomschädigung nicht mehr mit dem Leben vereinbar und führt früh in der embryonalen Entwicklung zum oft unbemerkten Abgang.



Läsionen (strukturelle Aberrationen > 100bp) allenfalls suboptimal detektieren kann.

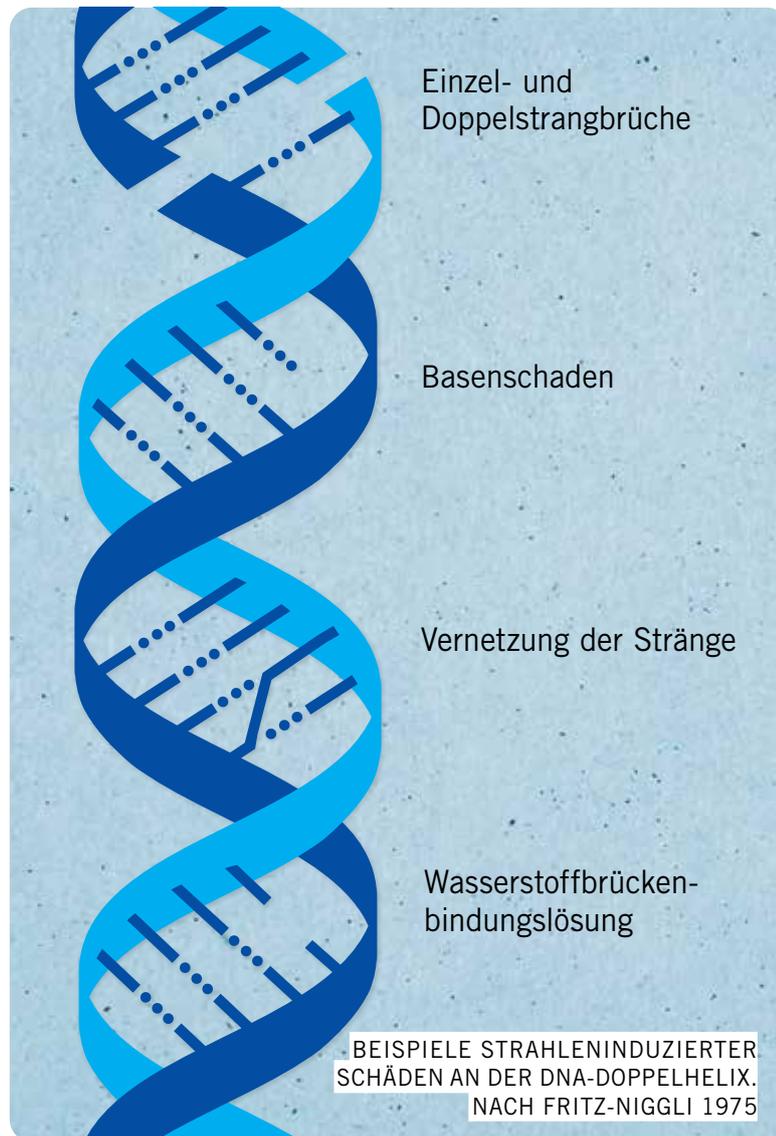
Da nur zwei der Väter dieser Studie in der strahlensensiblen Phase der Spermatogenese exponiert waren, geht die Auswahl der Stichprobe an der Fragestellung der Arbeit vorbei. Zudem wurde die Stichprobe nicht nach epidemiologischen Kriterien erhoben und ist deshalb vermutlich mit Bias behaftet.

Berücksichtigt man das von der ICRP angenommene genetische Strahlenrisiko, würde dies zu 0,09 zusätzlichen Fällen bei den Vätern und 0,005 Fällen bei den Müttern der Studie führen. Selbst wenn man von einer erheblichen Unterschätzung der Auswirkungen durch die ICRP ausgeht, gab es in der Studie aufgrund der niedrigen Fallzahlen nahezu keine statistische Chance, eine Mutationshäufung zu erkennen. Damit leidet deren statistische Power* deutlich, die Autor*innen vermieden eine entsprechende Analyse und Diskussion in ihrer Arbeit.

Auch schlussfolgerten sie aus dem ausgebliebenen Nachweis des vermuteten Effektes dessen Nichtexistenz, was wissenschaftlich nicht korrekt ist.

Zusammenfassung

Die neu von Yeager et. al. angewandte Methode der vergleichenden Sequenzierung des gesamten Genoms in menschlichen Leukozyten von Eltern und deren Kindern hätte zur Fragestellung der strah-



leninduzierten Mutationen beim Menschen einen Erkenntnisgewinn bringen sollen. Die verschiedenen methodischen Mängel der Arbeit sind aber so groß, dass eine Aussage in beide Richtungen (es gibt keine relevante transgenerative Weitergabe bzw. es gibt eine relevante transgenerative Weitergabe) aufgrund der erhaltenen Daten nicht erfolgen kann.

Als IPPNW schlagen wir deshalb eine Studie mit einer besser angepassten Methodik („whole genome short and long-read sequencing“ mit Bestimmung der Zahl spezifischer, strahleninduzierter Aberrationen [z.B. double strand breaks]) bei einer genügend großen Elterngruppe (getrennt nach Vätern und Müttern) mit einer zeitlich und dosismäßig eindeutig dokumentierten Strahleneinwirkung sowie deren Kindern vor – unter der Voraussetzung, dass die Kindergeneration selber keiner zusätzlichen Strahlung ausgesetzt war. Als Untersuchungsgruppe kommen z.B. Arbeiter*innen in

europäischen AKWs mit einer zusätzlich erhaltenen, nachgewiesenen jährlichen Dosis von > 1 mSV/Jahr in Frage (vergleiche die INWORKS-Studie von 2015).

* Die „statistische Power“ oder Test-stärke bezeichnet die Wahrscheinlichkeit, mit der ein tatsächlich existenter Effekt auch entdeckt wird.

Quellenangaben zu diesem Artikel finden Sie unter:
ippnw.de/bit/mutationen



Eine Stellungnahme des Arbeitskreises Atomenergie der IPPNW.

Atomtests: Auswirkungen auf Mensch und Umwelt

Zwei neue Studien

Die katastrophalen Folgen der Atomtests mit ihren Auswirkungen auf Mensch und Umwelt fasst eine neue IPPNW-Publikation zusammen. Ihre Intention ist es, den Überlebenden der Atomwaffentests international Aufmerksamkeit zu verschaffen und ihnen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Die Sichtbarmachung ihres Schicksals führt unmittelbar zur Forderung einer umfassenden atomaren Abrüstung, wie ihn der Atomwaffenverbot durchzusetzen versucht.

Im Pazifik fanden Atomtests auf den Marshallinseln, in Französisch-Polynesien und Kiribati statt. Auch in anderen Regionen der Welt wurde oberirdisch getestet (u.a. Kasachstan, Nevada, New Mexico, Algerien, China) – meist in Kolonien, ehemaligen Kolonien oder in den Gebieten ethnischer Minderheiten, die sich gegen die Atomtests in ihren Stammesgebieten nicht wehren konnten.

Im IPPNW-Report werden die Fakten und Daten für jedes der Testgebiete zusammengefasst – und es zeichnet sich ein dramatisches Bild: Radioaktiver Niederschlag fiel als Staub und Regen herab und verseuchte das Trinkwasser und lokal erzeugte Lebensmittel. Dadurch kam es zu äußerlicher und innerer (inkorporierter) Strahlenbelastung.

Viele Betroffene erkrankten und starben in den Folgejahren an Krebs und anderen strahlenbedingten Krankheiten, die im Niedrigdosisbereich durch die sogenannten stochastischen Strahlungsschäden entstehen. In einigen Fällen sind auch Symptome einer akuten Strahlenkrankheit dokumentiert, die bei einer hohen Strahlenbelastung ab ca. 500 Millisievert (mSv) auftritt. Zudem haben schwerste Menschenrechtsverletzungen in diesen Testgebieten stattgefunden, die im deutschen Vorwort in den Kontext von Rassismus und Sexismus gestellt werden.

Die Radioaktivität ist bis heute in diesen Gebieten vorhanden. Lokale, aber auch überregionale Rekontaminationen sind



NEVADA: ATOMTEST SMALL BOY (1962)

Foto: gemeinfrei

deshalb an der Tagesordnung – dieses Phänomen kennen wir z.B. auch bei Waldbränden aus den verstrahlten Gebieten in Tschernobyl. Unabhängige Wissenschaftler bezeichnen dies im Falle der französischen Atomtests in Algerien als „Bumerang“, da Sandstürme aus der Sahara z. B. im Departement Jura noch 2021 nachweisbar durch Cäsium-137 kontaminiert waren, das bei den damaligen französischen Tests freigesetzt wurde ist.

Der Niederschlag atmosphärischer Atomwaffentests verursachte zudem die weltweit mit Abstand größte Belastung der Menschheit durch ionisierende Strahlung. Dabei entspricht die kumulative Sprengkraft der Tests ca. 40.000 Atombomben des Hiroshima-Typs. Die kollektive Dosis für die Weltbevölkerung wird auf 30 Millionen Personensievert geschätzt. Zum Vergleich: Beim Atomunfall in Tschernobyl wird die radioaktive Belastung der Atmosphäre mit 600.000 Personensievert angegeben.

In einer kürzlich veröffentlichten Studie von Alfred Körblein wurden die Trends der Säuglingssterblichkeitsraten in den Vereinigten Staaten und den fünf großen europäischen Ländern (EU5: Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien) untersucht. Ab 1950 wurden in beiden Regionen Abweichungen vom erwarteten langjährigen Trend festgestellt, mit

Maxima im Jahr 1965 in den USA und im Jahr 1970 in den EU5. Aus der Differenz zwischen beobachteten und erwarteten Verlauf der Säuglingssterblichkeit errechneten sich im Zeitraum 1950 bis 2000 jeweils mehr als 500.000 zusätzlich gestorbene Säuglinge in den USA und in EU5, was einem Anstieg der Säuglingssterblichkeit um etwa 20 Prozent in den USA und 14 Prozent in EU5 entspricht. Die Ergebnisse können als Hinweis dahingehend verstanden werden, dass atmosphärische Atomwaffentests für den Tod von mindestens einer Million Säuglingen auf der Nordhalbkugel verantwortlich sein könnten.

Dr. Arjun Makhijani, Institute for Energy and Environmental Research, und Dr. Tilman Ruff, Ko-Präsident der IPPNW: Die katastrophalen Folgen der Atomtests, ipnw.de/bit/atomtest-report

Dr. Alfred Körblein: Statistical modeling of trends in infant mortality after atmospheric nuclear weapons testing: ipnw.de/bit/koerblein

Dr. Jörg Schmid koordiniert den Arbeitskreis Atomenergie und ist Mitglied der Regionalgruppe Stuttgart.



To Survive is to Resist

Bericht der Atomtest-Überlebenden Claudia Peterson aus Nevada

Wann haben Sie zum ersten Mal eine Atombombe explodieren sehen?

Als ich 1955 geboren wurde, wurden in Nevada schon im fünften Jahr Atombomben getestet. Ich wuchs auf einem Bauernhof im Süden Utahs auf, und eines Abends saß ich mit meinem Bruder auf der Schaukel, als ich plötzlich einen Riesenfeuerball über dem Horizont aufsteigen sah. Ich rannte ins Haus und rief meiner Mutter zu, dass ein UFO zu sehen sei. Als sie rauskam, hatte sich die Wolke schon wieder verflüchtigt. Wir gingen wieder nach drinnen, als wäre nichts Besonderes passiert.

Hatte niemand Angst vor der radioaktiven Strahlung?

Am Anfang nicht. Wir aßen alles aus dem Garten, wir tranken die Milch unserer Kühe. Nachdem ich eingeschult worden war, kamen eines Tages Angestellte der Atomenergiebehörde in schwarzen Anzügen in die Schule. Sie brachten Geigerzähler mit und erzählten uns, sie würden die Schilddrüsen untersuchen. Wenn die Messgeräte Alarm schlugen, sagten sie: Macht nichts, du hattest wohl mal eine Röntgenaufnahme beim Zahnarzt. Dann gingen wir in den Keller der Schule, und man erzählte uns, wo wir uns verstecken müssten, wenn die Russen uns bombardierten.

Wenn ein Test angekündigt wurde, sollten wir nun drinnen bleiben. Meine Mutter hing an diesen Tagen auch keine Wäsche nach draußen. Sie arbeitete als Krankenschwester und sagte uns, sie habe ein schlechtes Gefühl wegen der Tests. Es war aber nicht so, dass uns irgendjemand gewarnt hätte.

Wann schöpften die Menschen Verdacht, dass der Fallout gesundheitsschädlich sein könnte?

Einige Leute hatten die Regierung auf Schadensersatz verklagt. Nach einem der Tests waren tausende Schafe gestorben. Als ich in der sechsten Klasse war, erkrankte einer meiner Klassenkameraden an Leukämie. Ich weiß noch, wie traurig ich war, als er starb. Kurz darauf erkrankte ein Schüler an Knochenkrebs und starb ein Jahr später. Eine gute Freundin meiner Mutter wurde krank und verstarb, sie war jung. Ihr Arzt sagte, das könnte an der Strahlung liegen. Die Indizien häuften sich, aber viele Leute sagten immer noch: Die Regierung würde uns niemals Schaden zufügen.

Haben Sie damals der Regierung die Schuld gegeben?

Drei Jahre gingen ins Land, in denen ich einen Fuß vor den anderen setzte. Dann bekam ich eine Einladung der IPPNW nach Semipalatinsk, dort lebten die russischen „Downwinder“. Das waren wunderbare, höfliche, kluge Menschen. Mir wurde bewusst: Das sind auch nur Mütter, die ihre Kinder lieben – und ich hatte mein Leben damit zugebracht, diese Menschen zu fürchten. Da wurde ich wütend. Was man denen angetan hatte, hatte man auch uns angetan. Ich schwor mir, dass ich mir niemals wieder den Mund verbieten lassen würde. Auch wenn man mich dafür aus der Kirche werfen würde.



1992: PROTESTE GEGEN DIE UNTERIRDISCHEN ATOMTESTS IN NEVADA.

1990 hat der US-Kongress ein Gesetz verabschiedet, in dem eine Entschädigung festgesetzt und eine Art Entschuldigung formuliert wird. Nehmen Sie die an?

Nein. Das Positive daran ist, dass wir wissen: Die Regierung war sich über die Gefahren der Tests im Klaren. Aber Krebs in der zweiten oder dritten Generation wird von dem Gesetz nicht anerkannt. Ich habe vielen geholfen, die

Anträge auszufüllen. Oft werden sie abgelehnt. Und wenn nicht, speisen sie einen mit 50.000 Dollar ab. Die reichen gerade mal für ein halbes Jahr Chemotherapie. Es ist ein Schlag ins Gesicht.

War Ihre Familie betroffen?

Bei meinem Vater wurde ein Hirntumor diagnostiziert. Er hat sechs Monate lang gekämpft, aber dann verstarb er. Ein paar Jahre später wurde bei unserer Jüngsten, Bethany, ein Neuroblastom der Stufe vier diagnostiziert, später akute monozytische Leukämie. Und meine Schwester, fünf Jahre älter als ich, erkrankte an Hautkrebs. Sie war schwanger. Sie gebar das Baby, und drei Wochen später begann die Chemotherapie. Ich wusste, dass sie sterben würde. Bei der Beerdigung beobachtete Bethany alles sehr genau. Sie starb einen Monat später. Es war die Hölle.

Diesen und weitere Berichte finden Sie auf der Seite: survivors.ippnw.de

Claudia Peterson wuchs in der Windfahne der Atomwaffentests von Nevada auf und engagiert sich heute für die betroffenen „Downwinder“.



Das Gewinnstreben muss eingeschränkt werden

Ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem muss die Abhängigkeit vom Wachstum überwinden

Herr van de Pas, als Arzt und Gesundheitswissenschaftler fordern Sie weitreichende Reformen in der Gesundheitswirtschaft. Wie ist die derzeitige Lage in Deutschland?

Zunächst einmal: Das deutsche Krankenversicherungssystem stammt aus dem 19. Jahrhundert. Deutschland hat also in Sachen Finanzierung eine Menge Erfahrung. Die Stärke dieses Systems ist, es fußt auf der Solidarität zwischen den Beitragszahler*innen. Doch seine Stärke ist zugleich seine Schwäche. Denn erstens gibt es eigentlich zwei unterschiedliche Systeme. Im gesetzlichen System in Deutschland kommen die Beiträge hauptsächlich von Arbeitnehmer- und Geberseite. Und dann gibt es die privaten Krankenkassen, die sich selbst finanzieren. Das widerspricht eigentlich dem Solidaritätsgrundsatz. Ich frage mich, wieso diese beiden Quellen nicht zusammengelegt werden, wie es im Vereinigten Königreich der Fall ist. Eine weitere Schwierigkeit des dualen Systems liegt in der Tatsache begründet, dass diese Beiträge unmittelbar an die wirtschaftliche Aktivität geknüpft sind, die wiederum vom Wirtschaftswachstum abhängig ist. Der Etat der Krankenkassen wächst jedes Jahr, sogar schneller als das BIP. Bereits jetzt geben wir 13 Prozent unseres BIP für das Gesundheitswesen aus. Das sind derzeit 6.000 Euro pro Person und Jahr, insgesamt also 500 Milliarden Euro. Gleichzeitig könnte die Behandlungsqualität sehr viel besser sein.

Das ist der finanzielle Rahmen im Großen – wie gestaltet sich die Finanzierung von Gesundheitsmaßnahmen im Kleinen?

Die medizinische Behandlung in Deutschland ist über das System der Fallpauschalen geregelt. Die Fallpauschale bedeutet, dass Anbieter*innen von Gesundheitsdiensten dahingehend ermutigt werden, die Arbeit innerhalb der jeweils für einen definierten „Fall“ zugewiesenen Zeit zu erledigen. Es besteht also ein Systemanreiz, einfache Dinge zu tun. Wenn Sie einen Patienten X mit einer Krankheit Y behandeln, werden dafür 10.000 Euro zur Verfügung gestellt. Nun sagen wir, die tatsächlichen Kosten liegen bei 6.000 Euro, dann machen Sie 4.000 Euro Gewinn. Oder Sie wenden das Geld für andere Dinge auf. Das ist natürlich kosteneffizient. Das Problem ist aber: Bei komplexen Patient*innen, Menschen mit multiplen Morbiditäten, lässt sich das häufig nicht so kosteneffizient lösen. In solchen Fällen gibt es einen Nega-

tiv-Anreiz, den Menschen die Behandlung zukommen zu lassen, die sie brauchen. In den Niederlanden habe ich als Psychiater bei einem ambulanten psychiatrischen Dienst gearbeitet, zu einer Zeit, als die Vorschriften zur Abrechnung von Behandlungen nicht sehr streng waren. Ich musste eine Behandlung beispielsweise nicht direkt als ein Paket mit der Diagnose „Depression“ oder „Aufmerksamkeitsdefizitstörung“ abrechnen. Das war vor einer großen Krankenhausreform 2006, bei der die Abrechnung über Pakete eingeführt wurde. Ein System, das, zumindest in diesem Aspekt, der deutschen Abrechnung über Fallpauschalen ähnelte. Es gab damals etwas mehr Spielraum, als das heute der Fall ist. Komplexe Patient*innen erfordern so einen Spielraum.

Obendrein zeigen Studien, dass in Ländern wie Deutschland etwa 20-30 Prozent der medizinischen Leistungen auf Überdiagnosen entfallen. Ich behaupte, dass es im Moment aufgrund der Art und Weise, wie das System aufgebaut ist, einen Hang zur Überdiagnose und Überbehandlung gibt. Es gibt zudem Untersuchungen, die besagen, dass 10-20 Prozent aller Krankenhausaufenthalte in Deutschland oder vergleichbaren Ländern gesundheitsschädlich sind. Man nennt das iatrogene Nebenwirkungen. Einer von sieben Krankenhausaufhalten führt zu unvorhergesehenen Nebenwirkungen und die Leute müssen dann eine Woche länger im Krankenhaus bleiben, da sie Antibiotika zweiter Wahl bekommen.

Sie fordern, dass die Gesundheitswirtschaft sich radikal umorientieren müsse, in Richtung einer Post-Wachstums-Ökonomie. Können Sie das erklären?

Wachstum in der Gesundheitsversorgung sollte nicht das übergeordnete Ziel sein. Wir brauchen eine „Postwachstumsmentalität“. Wir können zum Beispiel nicht ständig einen immer höheren Prozentsatz unseres BIP für das Gesundheitswesen ausgeben. Das gilt nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch politisch: Die Menschen würden es irgendwann nicht mehr akzeptieren. Wir müssen uns heute fragen, was für eine Gesundheitsversorgung wir in 25 Jahren haben wollen. Schon jetzt fehlen in einigen Bereichen des Gesundheitssektors Mittel, etwa im öffentlichen Gesundheitsdienst und in der Prävention. Zugleich haben während der Covid-19-Pandemie einige medizinische Bereiche viel Geld verdient: z.B. durch Labortests oder Impfungen. Es profitierten



ÄRZTINNEN UND ÄRZTE STREIKEN AN DER CHARITÉ BERLIN, OKTOBER 2022

Foto: Maybaum/Deutsches Ärzteblatt

Spezialist*innen mit privaten Labors, die zum Teil durch öffentliche Gelder finanziert wurden. Einige wenige konnten aus einer globalen Gesundheitskrise mächtig Kapital schlagen. Da wäre jetzt eigentlich Umverteilung in andere Bereiche der Gesundheitswirtschaft nötig.

Dazu kommen die „Grenzen des Wachstums“. In unserem Gesundheitswesen wird eine enorme Menge an seltenen Erden, Rohstoffen und Kunststoffen verwendet. Glauben wir, dass in 25 Jahren noch alle pharmazeutischen Inhaltsstoffe und Medikamente verfügbar sind? Wissen wir, woher sie kommen werden und wie sie hergestellt werden? Ich glaube nicht. Eine gute Gesundheitsversorgung wird in Zukunft nicht nur im Westen nachgefragt werden. Mit der wachsenden Nachfrage in Ländern mit mittlerem Einkommen – denken wir an China, Brasilien, und so weiter – stellt sich die Frage, ob wir uns auf diese begrenzten Ressourcen verlassen können. Wir sollten die regionale Produktion von Arzneimitteln fördern.

„Postwachstumsmentalität“ bedeutet, wir sollten begreifen, dass ein Großteil der Gesundheitsfürsorge auf der Ebene der Primärversorgung und auf kommunaler Ebene geleistet werden kann, und dass Prävention und Gesundheitsförderung viel wichtiger sind, als die medizinische Behandlung von Krankheiten.

Was müsste aus Ihrer Sicht getan werden, um das derzeitige System nachhaltiger zu gestalten?

Das Gewinnstreben im Gesundheitswesen muss eingeschränkt werden. Wir müssen sicherstellen, dass Gewinne, die durch die Gesundheitsversorgung erzielt werden, nicht in das Privatvermögen von Einzelpersonen fließen. Private-Equity-Fonds dürfen nicht in Primärversorgungsdienste investieren. Auch können wir über die Besteuerung großer Vermögen nachdenken, um das Gesundheitswesen staatlicherseits quer zu finanzieren. Gleichzeitig können wir mehr tun, um die Ebene der primären Gesundheitsversorgung zu stärken. Wir brauchen mehr Kiezmedizin und mehr Medizinische Versorgungszentren. Wir sollten Sozialarbeiter*innen und Pfleger*innen anständig bezahlen. Auch könnte darüber nachgedacht werden, ob wir vielleicht mit 20 oder 30 Kassen besser dran wären, als mit den 166, die wir jetzt haben. Das sind hochpolitische Entscheidungen.

Vollzieht sich dieser Wandel bereits?

Das Hauptproblem, das ich sehe, ist: Es ist die Ärzt*innenschaft selbst, die echten Reformen des Gesundheitssektors entgegensteht. Am allermeisten bremsen die ärztlichen Berufsvereinigungen wie der Marburger Bund. Denn Ärzt*innen profitieren finanziell vom bestehenden System. Nun ist es aber so, dass 95 Prozent der primären Gesundheitsversorgung von nicht-medizinischem Personal geleistet werden kann, also ausgebildeten Krankenpfleger*innen, Hebammen, Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen. Die Ärzteschaft versucht, ihre Privilegien am Gesundheitsmarkt zu verteidigen und stellt sich gegen die notwendigen Reformen.

Als Mediziner*innen haben wir oft die Vorstellung, dass das, was wir tun, von sich aus gut für die Allgemeinheit ist. Ich finde, wir sollten unsere Augen vor den möglichen Nebenwirkungen unseres Handelns nicht verschließen. Organisationen wie der Verein Demokratischer Ärzt*innen oder Gruppen wie das Poliklinik-Syndikat leisten da wichtige Pionierarbeit. Wir sollten uns auch viel mehr Zusammenarbeit mit Aktivist*innen außerhalb des Gesundheitssektors erlauben. Im Bereich Friedenspolitik ist das natürlich schon der Fall. Aber warum bringen wir uns als Ärzteschaft nicht stärker in Klimakämpfe oder in Diskussionen über eine gerechte Verteilung von Wohnraum ein? Nehmen wir eine Initiative wie „Deutsche Wohnen & Co Enteignen“ in Berlin. Ich glaube nicht, dass Sie dort im Moment viele Ärzt*innen sehen werden. Warum nicht? Weil die alle ihre Hypotheken haben und schöne Eigentumswohnungen. Aus der Perspektive der Solidarität wäre es für Ärzt*innen dringend nötig, über den eigenen Tellerrand zu schauen. Mustergültig für so eine Haltung steht für mich der hippokratische Grundsatz: „Primum non nocere“ – „Vor allem nicht schaden.“
Das Interview führte Frederic Jage-Bowler.

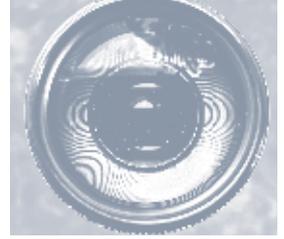


Remco van de Pas ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Centre for Planetary Health Policy (CPHP). Er war als Referent bei der Global Health Conference in Berlin.

Migrant*innen harren in den Olivenhainen von Sfax aus. Frauen und Kinder sitzen im Schatten der Bäume, um der sengenden Julisonne zu entgehen.



Weitere Fotos von
Mohamed Krit
finden Sie auf
Instagram:

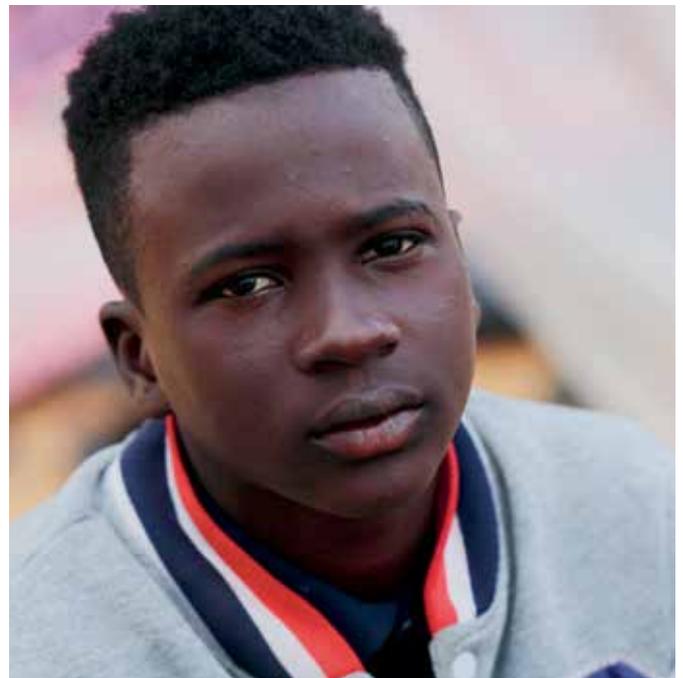


www.instagram.com/kritpix

Sfax ist die zweitgrößte Stadt in Tunesien. Viele Geflüchtete aus Subsahara-Afrika sind hier gestrandet. Anfang Juli 2023 gab es gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Einheimischen und Geflüchteten aus anderen Ländern Afrikas. Nachdem ein Tunesier von einem Migranten erstochen worden war, kam es zu einer rassistischen Kampagne und zur Vertreibung vieler Migrant*innen aus der Stadt. Dutzende von ihnen wurden bei Hetzjagden verletzt.

Tunesien galt lange Zeit als relativ sicher für Geflüchtete aus anderen Teilen Afrikas. Inzwischen hat sich die Lage in Tunesien jedoch erheblich verschlechtert, und die Regierung selbst schürt den Hass auf die Migrant*innen. Gleichzeitig wollen auch viele Tunesier*innen ihr Land wegen der anhaltenden politischen Krise und der schwächelnden Wirtschaft verlassen. Dennoch setzt die EU auf eine enge Zusammenarbeit mit Tunesien.

Mohamed Krit ist Fotojournalist aus Tunesien. Im Sommer 2023 hat er Migrant*innen in den Olivenhainen bei Sfax porträtiert. Mit seiner Arbeit möchte er auf ihre Situation und auf die gesellschaftlichen Auswirkungen von Migration aufmerksam machen.



Fotos: © Mohamed Krit

Zum Sterben zurück in die Wüste geschickt

Interview mit Kerem Schamberger

In Tunesien müssen afrikanische Geflüchtete unter verheerenden Bedingungen ausharren. Wie ist die Lage vor Ort?

Mehr als tausend Menschen wurden in den vergangenen Monaten zurück nach Süden in Richtung Libyen getrieben – ohne Wasser, ohne Versorgung, bei über 40 Grad Hitze. Und dort sterben sie dann oft, wie viele Aufnahmen zeigen. Tunesien schiebt die Menschen buchstäblich zum Sterben in die Wüste zurück und bekommt dafür von der EU 900 Millionen Euro.

Sie sprechen die „umfassende strategische Partnerschaft“ zur Abwehr geflüchteter Menschen an, die im Juli zwischen der EU und der tunesischen Regierung vereinbart wurde. Soll Tunis wie etwa Ankara und Kairo zu einem weiteren „Türsteher Europas“ aufgebaut werden?

Tunesien soll Geflüchtete daran hindern, überhaupt ans Mittelmeer zu gelangen, und unterbinden, dass Boote mit Geflüchteten Richtung Italien ablegen. Tunis soll Boote auf See aufhalten und zurückbringen – wie schon die von der EU bezahlten libyschen Milizen. Außerdem soll Tunesien eigene Bürger, denen die Abschiebung aus der EU droht, schneller ins Land zurückzunehmen. Und Brüssel zahlt für all das. Deshalb ist die Sprache vom „Türsteher“ korrekt – sie stammt ja ursprünglich vom Türkei-EU-Deal, dem Vorbild für diese ganzen Antimigrationsabkommen. Doch während es im Mittelmeer viele zivilgesellschaftliche Initiativen gibt, die die Verbrechen der EU und ihrer Mitgliedstaaten wie Griechenland und Italien dokumentieren, passiert das in der Wüste jenseits jeder Aufmerksamkeitsschwelle. Und darauf kommt es der EU an. Ganz nach dem Motto: Aus den Augen, aus dem Sinn.

Es häufen sich Berichte über schwere Gewalt seitens tunesischer Sicherheitskräfte, insbesondere gegen Personen aus Sub-Sahara-Afrika. Kann Tunis denn ein Partner der EU und auch der Bundesregierung sein, die sich auf eine „wertebasierte“ Außenpolitik verpflichtet hat?

Das Gerede von wertebasierter, aber auch feministischer Außenpolitik ist für mich Ideologie, die rechtfertigen soll, dass Deutschland wieder eine Führungsrolle in der Welt beanspruchen kann. Gleichzeitig wird der eigenen Wählerschaft versichert, dass man stets moralisch handelt. Dabei wird verschleiert, dass es zur Aufrechterhaltung unserer Ordnung und vermeintlichen Normalität anderswo Gewalt, Zerstörung und Ausbeutung geben muss – und dass dafür Geflüchtete eben auch zum Sterben in die Wüste geschickt werden. Ganz nebenbei setzt man die von rechts geforderte Politik um. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat angekündigt, weitere Fluchtverhinderungsabkommen wie mit Tunesien abzuschließen. Alle EU-Anrainerstaaten werden so zu potentiellen Türstehern gemacht und es ist völlig egal, was für autokratische und diktatorische Systeme dort vorherrschen.



Guerric / CC BY-NC-ND 2.0 Deed

Die ebenfalls äußerst tödliche Fluchtroute vom Horn von Afrika über den Jemen nach Saudi-Arabien findet hierzulande keine Beachtung. Das Mixed Migration Centre (MMC) dokumentiert, wie schon die UNO im Oktober, dass an der jemenitisch-saudischen Grenze Geflüchtete, vor allem aus dem Kriegsland Äthiopien, gezielt von saudischen Sicherheitskräften massakriert und sogar mit Artillerie bombardiert werden. Laut MMC sind allein 2022 mindestens 794 Menschen an der Grenze getötet und mehr als 1.700 verletzt worden, ein Drittel davon Frauen und sieben Prozent Kinder. Es geht hier also um Mord. Und die BRD ist seit Jahren an der Ausbildung der saudischen Grenzschützer beteiligt. 2009 hatte der deutsch-französische Rüstungskonzern EADS einen milliardenschweren Rüstungsvertrag über Grenzsicherheitssysteme abgeschlossen. Vor allem die Grenze zum Jemen sollte militarisiert werden. Eine Empörung hierzulande bleibt aus.

Interview: Jakob Reimann. Erschienen in der jW vom 29.07.2023.

Anmerkung der Redaktion: Nach Ablehnung des Deals durch den tunesischen Präsidenten im September 2023 gilt die Kooperation mit Tunesien zur Verhinderung von Flucht über das Mittelmeer offiziell derzeit als gescheitert. Trotz einer angeblichen Rückzahlung von Mitteln zur „Migrationsabwehr“ arbeitet Tunesien auf dem Gebiet mit der EU zusammen und setzt den Flüchtlingspakt laut Recherchen von Migrationsexpert*innen um.



Kerem Schamberger ist Kommunikationswissenschaftler und in der Öffentlichkeitsarbeit von medico international für den Bereich Flucht und Migration zuständig.

„Die Migrationsgesellschaft verteidigen und unsere geteilte Welt neu erfinden“

Berliner Erklärung von „Transforming Solidarities“

Die Erklärung „In Verteidigung der Migrationsgesellschaft“ wurde von „Transforming Solidarities“ am 11. Oktober 2023 in Berlin verabschiedet.

Mit zunehmender Fassungslosigkeit verfolgen wir die anhaltende Infragestellung des Rechts auf Asyl in den letzten Wochen und Monaten. Die pauschale Difframierung von Schutzsuchenden hat die Grenze zur Menschenverachtung überschritten. Nun gilt es, in Verteidigung der Migrationsgesellschaft aufzustehen und zu widersprechen.

Die Forderungen nach der massenhaften Internierung von Schutzsuchenden an den EU-Außengrenzen, nach der Wiedereinführung von Grenzkontrollen in Europa, einer Arbeitspflicht für Asylsuchende, der Einführung von Sachleistungen für Geflüchtete und nach verschärften Abschiebungen wiederholen nicht nur die migrationspolitischen Fehler der Vergangenheit. Sie sind in erster Linie ein Angriff auf die Einwanderungsgesellschaften in Europa. Ein Angriff auf die Weise, in der wir zusammenleben und in auch weiter zusammenleben wollen.

Bei diesem Angriff geht es nicht um vorgeblich notwendige Maßnahmen zur Begrenzung der Fluchtmigration nach Europa. Dies ist mit den vorgeschlagenen Verschärfungen nicht zu erreichen. Es geht auch nur vorgeblich darum, die Kommunen zu entlasten. Tatsächlich werden Mittel für Bildung, Soziales, Kultur, Gesundheit, Armutsbekämpfung und die Rechte von Frauen gekürzt. Die permanente und immer perfidere, weil faktenfreie Skandalisierung der Migration drängt dagegen fortwährend Menschen aus unserer gemeinsamen Welt heraus. Eine Skandalisierung, die auch die Geschichte der Migration verleugnet und die Menschen, die hier längst ihr Zuhause gefunden haben, unsichtbar macht. Geschürt wird so der Wunsch, die Welt nicht mit anderen teilen zu müssen, und die Bereitschaft, dies auch mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln durch-

zusetzen. Geschürt werden Diskurse und Praktiken der Spaltung, die unterscheiden zwischen ›Menschen wie uns‹ und anderen, deren Recht auf Leben und Zugehörigkeit missachtet werden kann.

Aus diesem Grund sagen wir klar und deutlich: Migration ist nicht das Problem. Das Problem ist nicht, dass wir in einer Einwanderungsgesellschaft leben. Migration hat eine Geschichte, eine Gegenwart und eine Zukunft. Welche Familie in Deutschland, in Europa ist ohne Migrationsgeschichte? Menschen wandern. Sie machen sich auf und entziehen sich Verhältnissen, die sie ermüden, die ihre Kräfte und ihre Phantasie erschöpfen, die töten. Menschen setzen sich in Bewegung, in der Hoffnung, etwas Besseres zu finden als das, was sie zurücklassen müssen.

Das Problem ist die Skandalisierung der Migration. Das Problem ist, dass der aggressive und einseitige Diskurs über die vermeintliche Überforderung der Gesellschaft durch Migration von den strukturellen Bedingungen und historischen Entwicklungen ablenken soll, die die gegenwärtige Polykrise bedingen. Das Problem ist, dass Migration instrumentalisiert wird, um die Gesellschaft zu spalten. Dies forciert die derzeit erlebbare Zuspitzung gesellschaftlicher Debatten und die Überlagerung von Solidarität durch Hass.

Die Folgen der Euro-Krise sind im europäischen Gefüge noch immer spürbar, die Wunden der Covid-Pandemie sind noch lange nicht verheilt und die Auswirkungen des russischen Krieges gegen die Ukraine bleiben präsent. (...) Die Polykrise belebt Militarisierung und die zunehmend kriegerische Bewältigung von Konflikten, mit fatalen geopolitischen Konsequenzen. Menschen werden vertrieben, entrechtet und ausgebeutet. Das europäische Projekt

steht auf der Kippe, weil Europa sich unfähig erweist, Visionen des globalen Zusammenlebens für das 21. Jahrhundert zu entwickeln. Weder für die Mobilität der Menschen noch im Hinblick auf die Zerstörung des Klimas, die längst in unser aller Alltag erfahrbar ist. Schon heute lässt sich erahnen, welche Verwerfungen dies weltweit erst noch auslösen wird. (...)

Der nationale Wohlfahrtsstaat ist heute mehr denn je ein Phantasma. Die einst mächtigen, im Namen der Solidarität aufgebauten Infrastrukturen der Daseinsvorsorge und des Gemeinwohls sind in weiten Teilen längst privatisiert oder nach marktwirtschaftlichen Logiken reorganisiert worden. Soziale Infrastrukturen in den Kommunen sind in 30 Jahren Austeritätspolitik verfallen, sind verscherbelt oder gezielt abgebaut worden. (...) Dabei sind explodierende Mieten, das Unvermögen, bezahlbare und klimaneutrale Mobilitätslösungen anzubieten und der Verfall der öffentlichen Infrastruktur nur die offensichtlichen Anzeichen einer tiefgreifenden gesellschaftlichen Krise. Die Ideologien von Nation, Identität und Sicherheit reagieren auf das Aufkommen sozialer Bewegungen, die Träger neuer Perspektiven sind: Feminismus, Antirassismus, Klima-Aktivismus und Aufstände gegen Ausbeutung, die Organisation der Indigenen, Migration und Exil. Es ist daher an der Zeit, die bereits im Entstehen begriffenen neuen und wiederentdeckten Praktiken der Solidarität weiter zu beleben und in Infrastrukturen des Zusammenlebens zu überführen.

Migration und Einwanderungsgesellschaft sind nicht verantwortlich für die prekäre Lage des Gemeinwohls in Deutschland und Europa. Migration und Einwanderungsgesellschaft fordern uns heraus, Demokratie, Gesellschaft und Gemeinwohl neu zu denken. Denn die Achtung der Rechte der Migration ist die Achtung der Rechte aller.

Mehr unter: transformingsolidarities.net

Sachfremd und rechtswidrig

Die deutsche Asyl- und Integrationspolitik rutscht rasant nach rechts außen



Seit Monaten verschiebt sich der Diskurs über Asylsuchende in Deutschland in rasantem Tempo nach rechts. Führende Politiker*innen jeglicher Couleur überbieten sich in Vorschlägen, damit weniger schutzsuchende Menschen nach Deutschland kommen und mehr das Land schneller verlassen. Inzwischen wurden viele dieser Vorschläge im Herbst nicht nur in einen eigenen Gesetzesentwurf zur „besseren Rückführung“ gegossen, sondern auch in Beschlüsse von Bund und Ländern auf dem Migrationsgipfel übersetzt. Sozial- und Migrationsrechtsexpert*innen kritisierten, dass etliche Regelungen sowohl sachfremd und unwirksam, als auch mit den Grundrechten sowie dem Europa- und Völkerrecht nicht vereinbar seien.

So beruht der vom Bundeskabinett Ende Oktober beschlossene Entwurf für ein „Gesetz zur Verbesserung der Rückführung“ auf der geradezu faktenfreien Prämisse, dass die derzeitigen Herausforderungen der Kommunen bei der Aufnahme und Integration von Schutzsuchenden nur durch vermehrte Abschiebungen zu lösen seien. „Endlich im großen Stil abschieben“, lautete die markige Losung von Bundeskanzler Scholz im Spiegel. Laut Pro Asyl zeige allerdings die „Erfahrung der letzten Jahre, dass solche Verschärfungen nicht das vom Gesetzgeber ausgegebene Ziel erfüllen, mehr Menschen abzuschicken.“ Die Bundesregierung musste auf Nachfrage selbst zugeben, dass über das neue Gesetz „bestenfalls 600 Abschiebungen mehr im Jahr“ möglich sein würden. Das liegt vor allem daran, dass die große Mehrheit der formal ausreisepflichtigen Menschen – in etwa 262.000 Personen – hier mit einer Duldung leben (211.000 Personen) und damit gewichtige Gründe vorliegen, warum die Abschiebung ausgesetzt ist: Sie sind schwer krank, schwanger, in Ausbil-

dung oder stehen kurz vor einem Schulabschluss, im Herkunftsland herrscht Krieg oder der Herkunftsstaat nimmt sie nicht zurück. Nur etwas mehr als 19.000 Menschen sind nach einem abgelehnten Asylverfahren derzeit vollziehbar ausreisepflichtig, so die Berechnungen von Pro Asyl. Im ersten Halbjahr 2023 sind laut Bundestag knapp 8.000 Menschen abgeschoben worden. 2022 waren es knapp 13.000. Für Pro Asyl ist der Fokus auf Abschiebungen irreführend, da 72 Prozent aller geprüften Asylanträge 2022 positiv entschieden wurden. Die große Mehrheit der Geflüchteten ist also schutzberechtigt.

„Das Rückführungsverbesserungsgesetz enthält populistisch motivierte Maßnahmen. Mit noch unnachgiebiger Härte und Mitteln der Gewalt – wie Inhaftierung und polizeilicher Kontrolle und Disziplinierung – soll gegen Menschen vorgegangen werden. „Ziel ist vor allem, Geflüchtete als angeblich unberechtigt ‚Leistungen erschleichende‘ Straftäter*innen rassistisch zu markieren“, fasst Britta Rabe vom Komitee für Grundrechte und Demokratie zusammen. Für die Betroffenen enthalten die Verschärfungen massive Einschnitte in ihre Grundrechte und Gefährdungen ihrer seelischen Gesundheit. Der Republikanische Anwältinnen- und Anwälteverein (RAV) und das Komitee für Grundrechte und Demokratie kritisieren die weitreichenden Eingriffe in das Recht auf Freiheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung und das Recht auf Privatsphäre, den Grundsatz, sich nicht selbst belasten zu müssen, scharf. „Eine Vielzahl der geplanten Regelungen ist eindeutig verfassungs- und europarechtswidrig“, so Julia Schulze vom RAV. Auch die Art des Gesetzgebungsverfahrens war Ausdruck der Geringschätzung zivilgesellschaftlicher Expertise und Partizipation. „Der 72-seitige Referent*innenentwurf wurde den Ver-

bänden ohne sachlichen Grund mit einer Stellungnahme-Frist von nur 48 Stunden übermittelt. Eine ernsthafte fachliche Auseinandersetzung mit Expert*innen ist seitens der Bundesregierung offensichtlich nicht erwünscht,“ heißt es in einer gemeinsamen Presseerklärung.

Das Gesetz sieht etwa die Ausweitung der Betretens- und Durchsuchungsbefugnisse der Polizei zwecks Abschiebung vor. Die Polizei darf künftig auch nachts Menschen unangekündigt zur Abschiebung abholen und dafür in Gemeinschaftsunterkünften beliebige Zimmer durchsuchen und Mobiltelefone vermehrt auslesen. Ein überfallartiges Abholen zur Nachtzeit ist insbesondere für Familien mit Kindern extrem belastend und potenziell (re)traumatisierend. Pro Asyl kritisiert darüber hinaus die vereinfachte Kriminalisierung von Asylsuchenden über die massive Ausweitung von Straftatbeständen im Asylgesetz scharf. So soll etwa schon eine einmalige Verletzung der Wohnsitzauflage oder eine falsche oder unvollständige Angabe im Asylverfahren ein Straftatbestand sein. Weitere höchst problematische Verschärfungen sind die Verlängerung des Ausreisegewahrsams von 10 auf 28 Tage sowie die massive Ausweitung der Anwendung von Abschiebehäft auch während des Asylverfahrens, unabhängig von der Fluchtgefahr.

Auch die bereits äußerst weit gefassten Ausweisungsinteressen sollen noch einmal erweitert werden. Betroffene sollen künftig bei einer reinen Verdachtslage ausgewiesen werden können, „wenn Tatsachen die Schlussfolgerung rechtfertigen, dass [eine Person] einer Vereinigung im Sinne des § 129 des Strafgesetzbuches angehört oder angehört hat“. Eine rechtskräftige Verurteilung wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung wird folglich nicht erforderlich



sein. Dies widerspreche demokratischem Recht, so der RAV. Schon jetzt werde §129 StGB ohne strafrechtliche Verurteilung in Zusammenhang mit sogenannter Clan-Kriminalität gebracht und damit rassistisch konnotiert gegen Personen vorgegangen. Der Paragraph werde auch vermehrt benutzt, um missliebige politische Haltungen zu kriminalisieren, wie etwa im Falle von Klimaaktivist*innen. Auch die Erweiterung der Gründe, wann ein Asylverfahren als „offensichtlich unbegründet“ abzulehnen, sei ein „Ausdruck davon, Geflüchtete unter den Verdacht zu stellen, „Betrüger“ und „Asyl-Erschleicher“ zu sein.“, so die republikanischen Anwalt*innen.

Und wie verhält es sich mit den überlasteten Kommunen? Laut einer aktuellen Studie des Mediendienst Migration ist derzeit nicht von einem Notstand und einer flächendeckenden Überlastung der Kommunen auszugehen, auch wenn die Situation vielerorts herausfordernd sei. Der Paritätische Wohlfahrtsverband stellt klar: „Überforderungen vor Ort sind u.a. auch darauf zurückzuführen [...], dass in den letzten Jahren vielerorts Strukturen der Integrationsarbeit und Flüchtlingsaufnahme abgebaut oder nicht weiterentwickelt wurden.“

Dessen ungeachtet stoßen auch die Beschlüsse des Migrationsgipfels von Bund und Ländern am 6. November 2023 in das gleiche Horn. Abgesehen von der begrüßenswerten Entscheidung, Länder und Kommunen finanziell stärker zu unterstützen und Behörden besser auszustatten, gehen die weiteren Beschlüsse an der Sache vorbei und sind verfassungsrechtlich fragwürdig. „Statt konkrete Herausforderungen zu bewältigen, drohe eine Verschärfung sozialer Probleme“, warnt der PW-Verband. „Insbesondere die Pläne, Asylbewerber künftig erst nach drei Jahren existenzsichernde Sozialleistungen zu ge-

währen sowie die geplanten massiven Verschärfungen in der Abschiebepaxis seien inhuman.“ Die Kürzungsvorschläge zeugten zudem „von Empathielosigkeit und Unkenntnis der Lebensrealität geflüchteter Menschen,“ so Pro Asyl.

Aus gesundheitlicher Perspektive besonders gravierend ist, dass Schutzsuchende künftig drei Jahre statt 18 Monate lang von notwendigen medizinischen Leistungen ausgeschlossen werden sollen. Dr. Johanna Offe von Ärzte der Welt kritisiert die Entscheidung scharf: „[Geflüchtete] noch länger zu benachteiligen, ist menschenrechtswidrig und kommt die Gemeinschaft letztlich auch teuer zu stehen. Denn wenn Krankheiten chronifizieren oder zum Notfall werden, kosten sie das Gesundheitssystem mehr, als wenn man sie präventiv oder bei den ersten Symptomen behandelt. Der Versuch, die Flucht nach Deutschland zu begrenzen, indem man Geflüchteten den Zugang zu notwendiger Gesundheitsversorgung versagt, ist nicht nur unmenschlich, sondern auch unwirksam.“ Denn es gibt entgegen populistischer Parolen nachweislich keinen Zusammenhang zwischen Höhe und Umfang der Sozialleistungen und der Wahl des Zufluchtsorts.

Die beschlossenen Kürzungen der schon jetzt reduzierten Sozialleistungen für Geflüchtete und die Ausweitung von Sach statt Geldleistungen haben schon in der Vergangenheit keine positiven Effekte für die Kommunen gehabt, wohl aber viele negative für die Betroffenen, so Tareq Al-aws von Pro Asyl. Auch das Bundesverfassungsgericht hatte 2012 geurteilt, dass die „Menschenwürde ... migrationspolitisch nicht zu relativieren“ ist. Der Regelsatz orientiere sich am menschenwürdigen Existenzminimum und dürfe nicht für Abschreckungszwecke gekürzt werden. Dass

auch die im Koalitionsvertrag angekündigte Erleichterung des Familiennachzugs gekippt werden soll, ist eine weitere große Enttäuschung. Sogar die Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten soll nun von dieser Bundesregierung sorgfältig geprüft werden.

Im Bündnis mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Wohlfahrtsverbänden fordert die IPPNW daher in einem Fünf-Punkte-Plan pragmatische und menschenrechtsgeleitete Lösungen für eine gestaltende und vorausschauende Asyl-, Aufnahme- und Integrationspolitik. Die derzeitigen Abschottungsdiskussionen helfen nicht dabei, die Aufnahme von Schutzsuchenden zu meistern und die sich unserer Gesellschaft bietenden Chancen zu nutzen, heißt es in dem Papier. Sie würden die Menschen auf der Flucht auch nicht davon abhalten, ein Leben in Sicherheit zu suchen. Der Zugang zu regulären Sozialleistungen, die Abschaffung aller bestehenden Arbeitsverbote, die Möglichkeit des Familiennachzugs sowie die Ermöglichung privater Unterbringung gehören zu den Vorschlägen. Diese fördern nicht nur das Ankommen und die Integration. Sie sind nicht nur für die Schutzsuchenden, sondern auch für die Aufnahmegesellschaft sinnvoll. Die positiven Erfahrungen in der Aufnahme und Integration geflüchteter Menschen aus der Ukraine sollten als Vorbild genutzt werden.



Anne Jurema ist IPPNW-Referentin für Soziale Verantwortung.

Behandeln statt verwalten!

Neues Meldeportal sammelt Fälle von Abschiebungen aus stationärer Behandlung

Das neue Meldeportal „Behandeln statt verwalten“ der IPPNW sammelt Fälle und stellt Informationen und Beratungsangebote bereit.

Menschen werden in Krankenhäusern und Kliniken aufgrund der Schwere ihrer Erkrankungen stationär behandelt und sollten dort einen besonderen Schutz genießen. Sichere Räumlichkeiten und geschützte Therapiebedingungen, vertrauensvolle und gewaltfreie Verhältnisse sind eine unabdingbare Grundvoraussetzung für den Heilungsprozess und die Gesundung erkrankter Menschen.

Ungeachtet dessen kommt es immer wieder zu Abschiebungen von Patient*innen aus stationärer Krankenhausbehandlung. Abschiebungen sind ein schwerer Eingriff in die medizinische Behandlung: Sie stellen für die Betroffenen eine massive Belastung dar und gefährden den Heilungsprozess. Abschiebungen können zu einer Verschlechterung der gesundheitlichen Situation führen und insbesondere bei kranken oder traumatisierten Menschen schwerwiegende Folgen haben. Zusätzlich zu den Folgen für die Betroffenen selbst belasten Abschiebungen auch Mitpatient*innen und Beschäftigte in den Einrichtungen.

Dies haben verschiedene Ärzteverbände und -organisationen mehrfach bestätigt. Ärztliches Handeln hat sich auch bei Inanspruchnahme durch Behörden an den ethischen und medizinischen Grundsätzen auszurichten, wie sie in den Grundsätzen des Genfer Gelöbnisses und den Berufsordnungen der Ärztekammern sowie in mehreren Beschlüssen des Deutschen Ärztetags niedergelegt sind (siehe dazu etwa Beschlussprotokoll 122. Deutscher Ärztetag Münster 2019, Drucksache Ib – 100). Der Deutsche Ärztetag hat sich eindeutig für den besonderen Schutz im stationären Setting ausgesprochen und sich für das Verbot der Abschiebung aus Krankenhäusern und Kliniken verwandt.

Ärzt*innen haben Rechte und Pflichten, die gerade im Umgang mit Behörden, Justiz und Polizei von besonderer Bedeutung sind. Der Arztberuf ist ein „freier Beruf“, dessen wichtigste Kennzeichnung ist, dass Ärzt*innen in medizinischen Fragen unabhängig sind und ohne Beeinflussung von außen oder von Dritten frei in ihrer Entscheidung sein müssen. Dies gilt (bis auf Amts- und Polizeiärzt*innen) für alle Ärztgruppen, egal ob sie angestellt sind oder nicht. Als Freiberufler*innen sind Ärzt*innen in medizinischen Dingen nicht an Weisungen ihrer nicht-ärztlichen

Arbeitgeber*innen oder Behörden gebunden. Diese Unabhängigkeit der Behandlung wie auch die Einhaltung der Schweigepflicht sind ein elementarer Grundsatz im Vertrauensverhältnis zwischen Ärzt*innen und Patient*innen. Ärzt*innen sind im Rahmen ihrer Berufsausübung gehalten, die Umstände abzuwenden, die zu einer gesundheitlichen Gefährdung ihrer Patient*innen führen können. Diese Grundsätze der ärztlichen Tätigkeit gelten nicht nur im klinischen Alltag, sondern müssen ganz besonders in Krisensituationen wie einer Abschiebung Berücksichtigung finden. Bei einer Abschiebung von Patient*innen aus einer Klinik gelten grundsätzlich besonders strenge Anforderungen an die Verhältnismäßigkeit der eingesetzten Maßnahmen. Die Verletzung geschützter Räume in der Therapie sowie die für die medizinische Behandlung unabdingbare Vertrauensbeziehung zwischen Patient*innen und Ärzt*innen wird durch die ärztliche Mitwirkung – oder Unterlassung gebotenen Widerspruchs – bei einer Abschiebemaßnahme verletzt.

Oft ist das medizinische Personal – Ärzt*innen, Kranken- und Gesundheitspfleger*innen und weiteres Personal mit der Situation überfordert und vor allem nicht über die Rechte informiert, die sie in einer Situation der Abschiebung aus stationärer Behandlung haben. Der Arbeitskreis Flucht und Asyl der IPPNW hat deshalb eine Handreichung entworfen, in dem medizinisches Personal auf die Rechte und Möglichkeiten bei Abschiebungen hingewiesen werden. Die Hinweise sollen in erster Linie dazu beitragen, Abschiebungen aus stationärer Behandlung selbst zu verhindern. Klinikmitarbeiter*innen sollen weiterhin dazu ermutigt werden, auch gegenüber Behörden, Amtspersonen und Polizei für das Wohl der Patient*innen einzutreten. Außerdem soll mit der Handreichung erreicht werden, dass Angehörige der Gesundheitsberufe sich besser zu Wehr setzen können und im Rahmen von Abschiebungen auch selbst besser geschützt sind.

In vier Bundesländern – Berlin, Rheinland-Pfalz, Thüringen und Schleswig-Holstein – wurden Abschiebungen aus stationärer Behandlung bereits grundsätzlich verboten oder stark eingeschränkt. In den meisten Bundesländern existieren hierzu jedoch keine Einschränkungen und es gibt immer wieder Berichte zu Abschiebungen in diesen besonderen Umständen. Es ist deshalb davon auszugehen, dass Abschiebungen aus stationärer Behandlung durchaus vorkommen. Über deren Häufigkeit und auch die Begleitumstände gibt es aber keine Datengrundlage, die für eine Ausweitung des Verbots aber dringend erforderlich wäre.



Image by rawpixel.com

Die Abschiebung von Mehmet A.*

Mehmet A., ein türkischer Kurde, dessen Asylgesuch rechtskräftig abgelehnt worden war, geriet unter dem zunehmenden Abschiebedruck der Ausländerbehörde in eine psychische Krise. Mehrere Atteste von seinem Facharzt und dem ihn begleitenden Psychosozialen Zentrum stellten eine schwere depressive Erkrankung auf dem Boden einer PTBS vor dem Hintergrund massiver Gewalterfahrungen durch Polizei und Behörden in der Türkei fest. Er wurde von seinem Facharzt suizidal in eine Klinik eingewiesen. Während des Klinikaufenthaltes nahm die Ausländerbehörde Kontakt zur Klinikleitung auf und fragte, wann der Patient entlassen werde, da eine Abschiebung auf den Tag der Entlassung terminiert werden solle. Man werde für eine ärztliche Begleitung sorgen. Die Klinikleitung teilte daraufhin der Ausländerbehörde im Vorfeld mit, dass der Patient zur Entlassung anstehe.

Weder der Patient selbst, noch sein Rechtsanwalt oder die Angehörigen, die in der Nähe wohnen, wurden von der Klinik über die geplante Entlassung (und natürlich auch nicht über die gleichzeitig geplante Abschiebung) informiert: Die Ausländerbehörde habe dies untersagt. Mehmet A. wurde um vier Uhr morgens aus der Klinik heraus (angeblich in Begleitung eines Arztes) zum Flughafen gebracht. Die Klinik erlaubte den Zutritt der Polizei in das Krankenzimmer und gestattete es, dass der zu entlassende Patient gegen seinen Willen von der Polizei mitgenommen wurde. Erst kurz vor dem Abflug konnte A. Kontakt zu Angehörigen aufnehmen. Die Abschiebung wurde durchgeführt – A. wurde am Flughafen des Heimatlandes festgenommen und direkt in Haft genommen. Er blieb mehrere Monate lang ohne jede ärztliche Versorgung inhaftiert.

* Name von der Redaktion geändert

Der IPPNW-Arbeitskreis Flucht und Asyl und die IPPNW-Geschäftsstelle haben deshalb die Website „Behandeln statt verwalten“ eingerichtet, auf der Vorfälle gemeldet werden können, bei denen Geflüchtete aus stationärer Behandlung abgeschoben wurden. Um einen niedrigschwelligen Zugang zu ermöglichen, kann die Meldung anonymisiert erfolgen – lediglich für Meldende sollen Kontaktdaten angegeben werden. Neben der Meldung selbst wird über die Internetseite auch das Angebot gegeben, weitere Informationen, Beratung oder auch den Kontakt zu Unterstützern zu finden. Die Daten werden geprüft und sollen dann systematisch ausgewertet werden, um das Problem besser einschätzen und in seiner Bedeutung verstehen zu können. Im gesamten Verfahren hat die Sicherheit der Betroffenen absolute Priorität, eine Weitergabe der Daten wird sicher ausgeschlossen.

Um zu einer Verbreitung der Handlungsmöglichkeiten von medizinischem Personal bei Abschiebungen aus stationärer Behandlung oder deren Meldung zu gelangen, ist es von Bedeutung, die Information über die Handreichung und die Meldeseite weit zu streuen. Neben der Verbreitung über die IPPNW und kooperierende Flüchtlingsorganisationen versuchen wir über die Bundes- und Landesärztekammern, für das Thema zu sensibilisieren. Mit einer besseren Datenlage kann es uns gelingen, gesellschaftliche Debatten auch im medizinischen Umfeld anzustoßen und Ärzt*innen und andere Gesundheitsberufe dazu zu bringen, sich nicht an Abschiebungen geflüchteter Menschen zu beteiligen. Wir freuen uns, wenn Sie an dem Projekt mitarbeiten möchten.

Die Meldeseite und den Download der Handreichung finden Sie hier: behandeln-statt-verwalten.de

Dr. Robin Maitra ist Mitglied im Vorstand der deutschen IPPNW und Menschenrechtsbeauftragter der Landesärztekammer Baden-Württemberg.



Ulrike Schneck ist fachliche Leiterin des Psychosozialen Zentrums Refugio Stuttgart e.V. und Mitglied im AK Flucht und Asyl.



Abschottung in der Türkei – mit Hilfe der EU

Ein Gespräch mit dem türkischen Menschenrechtsanwalt Mahmut Kaçan

Wie funktioniert das Asylsystem in der Türkei und welche Veränderungen hat es in den letzten Jahren gegeben?

Die Türkei ist der Genfer Konvention als eines der ersten Länder beigetreten, hat allerdings bis heute ihre geografische Beschränkung beibehalten und gewährt nur Flüchtlingen aus EU-Mitgliedsstaaten Asyl. Die riesige Mehrheit der ankommenden Menschen musste über das UNHCR Asyl beantragen und im Falle einer Anerkennung darauf warten, in ein Drittland umgesiedelt zu werden. Erst 2013 verabschiedete das türkische Parlament das „Gesetz über Ausländer und internationalen Schutz“ und richtete eine eigene „Direktion für Migrationsmanagement“ im Innenministerium ein. Seitdem können Schutzsuchende einen „bedingten Flüchtlingsstatus“ und eine befristete Aufenthaltsgenehmigung in der Türkei erhalten. 2018 hat dann das UNHCR alle Verantwortlichkeiten an die türkische Regierung übertragen. Bis dahin gab es ein „Parallelsystem“: Neuankömmling mussten sich bei der türkischen Polizei und beim UNHCR registrieren und ein Asylverfahren durchlaufen. In der Praxis wartete die Polizei auf die Entscheidung des UNHCR und erkannte die Entscheidung in zu 99 Prozent der Fälle an. Dieses System funktionierte bis 2018, dann überließ das UNHCR die Verfahren der türkischen Migrationsbehörde.

Doch die meisten Neuankömmlinge sind nicht bereit, in der Türkei einen Asylantrag zu stellen, da die Türkei seither die Rechte von Geflüchteten stark eingeschränkt hat und sie nicht in einem Zustand der Ungewissheit leben wollen. Viele Geflüchtete wenden sich nicht an die Behörden und leben ohne Papiere in der Türkei. Einige warten auf eine Gelegenheit, die Grenze nach Griechenland oder in andere EU-Länder zu überqueren. Und einige arbeiten illegal in den Großstädten, um Geld für ihre Weiterreise zu verdienen. Sie sind heute der Gefahr ausgesetzt, abgeschoben zu werden, sogar wenn sie als Flüchtlinge anerkannt sind. Laut Zahlen des Innenministeriums wurden seither 80.000 Asylsuchende in ihre Herkunftsländer abgeschoben. Zugleich beobachteten wir systematische push-backs an der türkisch-iranischen Grenze.

Wie bewertest du die vor diesem Hintergrund die Entscheidung des UNHCR, sich aus der Türkei zurückzuziehen?

Das UNHCR hat behauptet, die Türkei sei ein sicheres Land für Asylsuchende. Doch das stimmt nicht. Es eine sehr enttäuschende Entscheidung des UNHCR. Nach der Entscheidung haben wir beobachtet, dass plötzlich viele Migranten und Asylbewerber an der türkisch-iranischen Grenze starben. Im Frühjahr 2019 haben wir einen ausführlichen Bericht erstellt: Damals wurden 52 Tote an

der Grenze gefunden. Einige erfroren, einige wurden von wilden Tieren angegriffen – weitere starben bei Unfällen oder erstickten, weil die Schmuggler die Menschen in überfüllten Kleinbussen zusammenquetschten.

Ein anderes Beispiel: 2020 geriet ein Boot auf dem grenznahen Van-See in Seenot und über 80 Menschen ertranken. Türkische Soldaten und Polizisten hatten zuvor viele Kontrollpunkte auf den Straßen errichtet. Um diese zu umgehen, begannen die Schmuggler, den See als Route zu nutzen – eine gefährliche Route. Das Boot liegt immer noch in den Tiefen des Sees, und wir haben die genaue Zahl der Toten nicht.

Viele Menschen versuchen in ein sicheres Drittland zu gelangen, doch die unsicheren Fluchtrouten bringen ihr Leben in Gefahr. Seit 2018 gibt es in Van einen großen Friedhof, für Hunderte von Flüchtlingen und Migranten, die auf der Reise gestorben sind. Und wir kennen nicht einmal ihre Namen – sie haben nur eine Nummer auf dem Grabstein. Das zeigt, dass die Entscheidung des UNHCR falsch war: Internationaler Schutz ist in einem Land wie der Türkei sehr wichtig.

Du hast an anderer Stelle auch gesagt, dass seit der Machtübernahme der Taliban das Asylsystem in der Türkei intransparent geworden ist. Was ist da passiert?

Nach der Machtübernahme der Taliban 2021 gab es eine innenpolitische Debatte in der Türkei. Nachdem Videos von Schmugglern öffentlich wurden, in denen hunderte Afghanen einfach die Grenze überquerten, warf die Opposition der Regierung, die Grenzen seien „nicht geschützt“. Die Regierung rüstete in der Folge die Grenze mit finanzieller Unterstützung aus der EU auf, beginnend mit Mauerbau an der Ostgrenze, die jetzt fertiggestellt wurde – ähnlich der Mauer, die 2016 an der Südgrenze zu Syrien gebaut wurde. Die Ostgrenze der Türkei war die Hauptroute für Migrant*innen und Geflüchtete aus Afghanistan, Iran, Pakistan und Bangladesch. Das hat vor Ort ein lukratives Geschäft für Schmuggler geschaffen. Die Türkei hat 2022 auch damit begonnen, Afghanen direkt nach Afghanistan abzuschicken. Die Türkei arbeitet dabei direkt mit den Taliban zusammen. Sie organisierten Versammlungen, wo Taliban als „afghanische Diplomaten“ auftraten und behaupten, die Taliban hätten eine Amnestie für alle Afghanen erlassen. Deshalb könnten sie problemlos nach Afghanistan zurückkehren und es werde ihnen nichts passieren. Die Mehrheit der Migrant*innen, die in die Türkei kommen, sind Afghan*innen.



FRIEDHOF FÜR
GEFLÜCHTETE IN VAN



GRENZMAUER AN DER
GRENZE ZUM IRAN

Welche Rolle spielt die EU hier?

Die EU hat die Türkei als Wartesaal für Asylsuchende, Migranten und Flüchtlinge benutzt. Nach der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan gab es Treffen mit EU-Politiker*innen, bei denen es darum ging, wie man den „Migrationsstrom“ aus Afghanistan kontrollieren könne und wie die EU die Türkei unterstützen könne. Die Sicherheitsmauer wurde mit Geldern aus der EU und Großbritannien gebaut, Grenzschützer werden von Großbritannien ausgebildet. Zu dieser Zeit begann auch die innenpolitische Debatte: Einige Parteien behaupteten, dass massenweise Taliban-Kämpfer in die Türkei kämen, um Asyl zu beantragen. Das stimmt nicht: Die türkische Ostgrenze war schon immer ein Anlaufpunkt für diejenigen, die internationalen Schutz benötigen, allerdings als Transitland. Als Anwalt habe ich noch nie gehört, dass ein Pakistaner in der Türkei um Asyl bittet, wenn er aufgegriffen wird – allerhöchstens als Möglichkeit, seine Abschiebung zu verhindern. Es kamen 2021 auch nicht sehr viel mehr Menschen. Menschen auf der Flucht zahlen den Schmugglern bis zu 3.000 USD – für einen Afghanen eine riesige Summe. Das türkische Innenministerium hat Daten veröffentlicht, die bestätigen, dass die Zahlen seit 2021 viel niedriger waren als im Jahr 2018.

Die Veränderung liegt eher in der Wahrnehmung, dass Migration ein Problem ist?

Ja, die politische Debatte wirkt sich auf die ohnehin schon problematische Politik der Regierung aus. Neben der Sicherheitsmauer hat sie weitere Abschottungsmaßnahmen ergriffen. Systematische Push-backs begannen. Wer als Neuankömmling an der Grenze aufgegriffen wird, hat kaum eine Chance, Asyl zu beantragen. Zum Beispiel habe ich einen afghanischen Journalisten getroffen, der mit seiner Frau und zwei kleinen Kindern unterwegs war. Er weinte und erzählte mir, sie seien sieben Mal zurückgeschoben worden. Seine Frau wurde von türkischen Soldaten sexuell missbraucht. Es passieren wirklich sehr schlimme Geschichten.

Von der Situation an der türkischen Ostgrenze hört man hierzulande sehr wenig...

Weil sich alle auf die Pushbacks an der griechisch-türkischen Grenze konzentrieren. An der türkischen Ostgrenze finden momentan die schlimmeren Vorfälle statt. Die Verantwortung dafür liegt in Europa: Die Mauer wurde aus EU-Mitteln gebaut und die Grenzschützer werden von Großbritannien ausgebildet.

Die Leute, die an der Grenze gewaltvoll zurückgeschoben werden, kehren meistens nicht in ihr Herkunftsland zurück. Verschiedene Quellen haben uns berichtet, wie das an der Grenze abläuft: Die Schleuser bekommen zum Beispiel von einem Migranten 2.000 USD, um die Grenze zur Türkei zu überqueren und geben ihm drei Chancen. Schafft die Person es beim dritten Mal nicht, in die Türkei einzureisen, muss sie noch einmal bezahlen. Viele Menschen versammeln sich in den kleinen Bergdörfern an der Grenze und warten auf eine Gelegenheit, die Grenze zu überqueren. Zehn Prozent von ihnen kehren vielleicht nach Hause zurück. Bei den meisten führen die Pushbacks aber nur dazu, dass sie es auf einer anderen, tödlicheren Route versuchen.

Sind an der Grenze Hilfsorganisationen aktiv?

Nein, es gibt dort keine NGOs. Selbst wenn es Menschen gelingt, die Grenze zu überqueren und in die Stadtzentren zu gelangen, werden sie von den Behörden oft innerhalb von 48 Stunden aufgegriffen. Wer einen Abschiebebescheid erhält, hat oft keinen Zugang zu einem Rechtsbeistand. Wer Glück hat, kann seine Familie oder eine NGO über seine Situation informieren. Bei einem Abschiebebescheid muss man sich innerhalb von sieben Tagen an die Gerichte wenden. Danach hat man keine Chance mehr, die Abschiebung zu stoppen.

Du sagst, selbst Migrant*innen, die sich registrieren lassen, haben keinen Zugang zur Gesundheitsversorgung. Wie ist ihre Situation?

Seit 2018 bekommen Geflüchtete in den Krankenhäusern keine kostenlose medizinische Behandlung mehr. Auch registrierte oder anerkannte Flüchtling müssen selbst zahlen. Das ist sehr problematisch. Und vielleicht ist das auch eine Taktik der Regierung, dass sie glaubt, wenn sie die Bedingungen immer weiter verschlechtert, unterschreiben die Personen eher ein Formular für die „freiwillige Rückführung“. Viele Menschen leiden deshalb unter wachsenden gesundheitlichen Problemen, sofern sie keine NGO finden, die ihnen hilft.



Mahmud Kaçan ist Menschenrechtsanwalt und hat für das UNHCR gearbeitet.

Ein Blick zur COP28 in Dubai

— Neue internationale IPPNW-Arbeitsgruppe zu Klima und Krieg —

Vom 30. November bis 12. Dezember 2023 findet die 28. UN-Klimakonferenz in Dubai statt. Erstmals sind die Themen Gesundheit und Frieden Teil des offiziellen Programmes. Zum ersten Mal ist auch eine IPPNW-Delegation vor Ort.

In einem mehr als einjährigen Prozess wurde die IPPNW vom Sekretariat des UNFCCC akkreditiert und als Beobachterorganisation anerkannt. Damit ist es unseren Delegierten erlaubt, die „Blue Zone“ zu betreten, also den Bereich der Konferenz, in dem die formellen Verhandlungen sowie hunderte Nebenveranstaltungen, Länder-Pavillons etc. stattfinden.

Das Thema Klimagerechtigkeit und Frieden ist nun voll in der internationalen IPPNW angekommen. Den Grundstein dafür haben wir im Mai auf dem Weltkongress gelegt. Hier verabschiedete das International Council die Resolution „Global Call for Climate Justice and Disarmament“. Darin fordert die IPPNW international die verpflichtende Erhebung und Reduzierung militärischer CO₂-Emissionen und die Umverteilung von Rüstungsausgaben für Klimaschutz mit dem Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag als wichtigen Schritt in diese Richtung.

Aus der Arbeit in Mombasa ist auch eine internationale Arbeitsgruppe hervorgegangen, die sich zuerst alle sechs Wochen und im Vorlauf der COP nun häufiger online trifft und die Delegierten unterstützt. In Dubai wird die IPPNW vertreten von Bimal Khadka (UK), Angelika Claußen (Deutschland), Harrison Kuria Karime (Kenia) und Knut Mork Skagen (Norwegen). Mit im Gepäck sind unsere Expertise und unsere Forderungen. Dabei konzentrieren sich die Delegierten auf drei Themenkomplexe:

1. Die Verstärkung der Klimakrise durch Militär und Krieg

5,5 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen entfallen laut britischen Forscher*innen auf Militär und Rüstungs-

industrie. Gleichzeitig steigen die Rüstungsausgaben, auch der NATO und Deutschlands, immens. Die Rüstungsausgaben der NATO im Jahr 2023 würden für zwölf Jahre der versprochenen und bisher nicht geleisteten Klimafinanzierung an Länder des globalen Südens reichen. Aufrüstung und Krieg können wir uns nicht mehr leisten.



2. Überschneidung zwischen Klimakrise und Atomkriegsgefahr, insbesondere einer nuklearen Hungersnot

Die wachsende Gefahr eines Atomkrieges ist die schrecklichste Konsequenz der aktuellen Aufrüstungsspirale und Kriegslogik, in der die internationale Gemeinschaft zu erstarren droht. Wo ein Weiter-So fossiler Produktions- und Lebensweise langsam die planetaren Kippunkte überschreitet, würde selbst ein begrenzter Atomkrieg eine Umweltkatastrophe verursachen. Eine nukleare Hungersnot, ausgelöst durch die Verdunklung der Sonne und die resultierende Kälteperiode.

3. Atomenergie ist keine Klimälösung

Die gesamte nukleare Kette, vom Uranabbau über zivile Atomnutzung zu Atomwaffen und dem strahlenden Müll, gilt es im Rahmen des Klimadiskurses zu ächten.

Atomenergie ist keine Klimälösung. Zusätzlich zu allen Argumenten der Gegenwart (hohe Gesundheitsrisiken, Umweltschäden, finanzielle Kosten, Abhängigkeit von Lieferanten und Unmöglichkeit der Dezentralität) ist Atomenergie in einer von der Klimakrise veränderten Welt umso gefährlicher. Die Anfälligkeit von Atomanlagen bei Dürren, Fluten, Erdbeben liegt auf der Hand, wie etwa die massiven Ausfälle französischer AKWs während der Hitzeperiode 2022 zeigen. Hier gilt es sich der Atomlobby in den Weg zu stellen und ihre Lügen anzuprangern.

Wir sind gespannt auf die Beobachtung dieser Weltklimakonferenz und darauf, unsere Themen dort einzubringen. Gleichzeitig sind wir dem Format gegenüber und den Handlungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft darin, ausgesprochen skeptisch. Die Präsidentschaft der COP28 durch einen der großen Ölproduzenten dieser Welt wirkt fast zynisch. Frieden wird im Rahmen des offiziellen Programmes zwar erstmalig behandelt, fokussiert aber auf die Länder und Gruppen, die besonders stark sowohl von der Klimakrise als auch von gewaltsamen Konflikten betroffen sind. Die Wurzeln von Krieg und Gewalt – Militarisierung, Aufrüstung und Kriegslogik – werden nicht adressiert.

Im Verbund mit anderen Friedens- und Gesundheitsorganisationen versuchen die IPPNW-Delegierten, das zu ändern. Inwieweit das dort möglich ist, werden wir im Nachgang evaluieren.

Den Climate-Crossfire-Report finden Sie hier: ippnw.de/bit/climate-crossfire



Laura Wunder ist Referentin der IPPNW für Klimagerechtigkeit und Global Health.



Unterschriften übergeben

„Unterzeichnen Sie das UN-Atomwaffenverbot!“

Insgesamt 121.626 Unterschriften für den Beitritt Deutschlands zum UN-Atomwaffenverbot haben die IPPNW, ICAN Deutschland und die Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“ am 6. November 2023 an das Auswärtige Amt überreicht. Juliane Hauschulz (IPPNW) verlas ein gemeinsames Statement: „Wir fordern die Bundesregierung auf, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten. Insbesondere an Außenministerin Annalena Baerbock haben wir hohe Erwartungen – sie hat die ICAN-Abgeordnetenerklärung unterzeichnet.“ Roland Blach (atomwaffenfrei.jetzt) betonte: „Atomwaffen haben katastrophale humanitäre Folgen. Es reicht daher nicht, zu warten, bis andere für nukleare Abrüstung aktiv werden.“ Eine persönliche Übergabe an die Außenministerin oder an Staatsministerin Katja Keul kam leider trotz der hohen Anzahl der Unterschriften nicht zustande.





Demokratiedefizit

Kurdinnen und Kurden sind einst aus ihrer Heimat geflohen, um Schutz vor Krieg und Verfolgung zu finden. Trotzdem kriminalisiert der Westen – insbesondere Deutschland – fast alle Organisationen der kurdischen Diaspora.

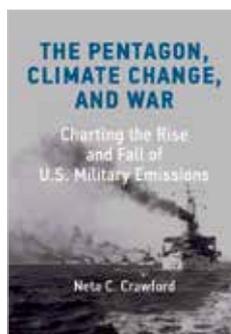
Kurd*innen in Deutschland, die sich für die kurdische Sache engagieren und zum Beispiel das Gesellschaftsmodell von Abdullah Öcalan öffentlich vertreten, die sich in kurdischen Vereinen engagieren oder an prokurdischen Demonstrationen teilnehmen, geraten ins Visier des Verfassungsschutzes. Fast 70 kurdische Exilpolitiker*innen, Journalist*innen, Aktivist*innen sind inzwischen zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden, nicht weil man ihnen konkrete oder gar gewalttätige Straftaten nachweisen konnte, sondern weil man sie der Mitgliedschaft und/oder Unterstützung der verbotenen PKK in Deutschland oder in der Türkei beschuldigt. (§§ 129a und b der Strafprozessordnung). Viele dieser Verurteilten haben eine lange Verfolgungsgeschichte in der Türkei hinter sich, die sie schließlich ins Exil getrieben hat.

Anhand von Beispielen zeigen die Autor*innen, was das im Einzelnen bedeutet – von der oft brutalen Festnahme über Untersuchungshaft unter Isolationsbedingungen, der Verurteilung und der weiteren Verfolgung nach der Verbüßung der Haftstrafe. Sie gelten weiterhin als Gefährder der Inneren Sicherheit, leben mit einer strengen Wohnsitzauflage und müssen sich regelmäßig bei der Polizei melden. Sie bekommen ein lebenslanges Verbot, sich politisch zu betätigen.

Deutlich wird die Doppelmoral in Deutschland, mit der aus Rücksicht auf die Befindlichkeiten des NATO-Partners Türkei die vielgepriesenen Werte unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung mit Füßen getreten werden. Die IPPNW beteiligt sich an der Kampagne zur Aufhebung des PKK-Verbots in Deutschland. Die Autor*innen liefern dafür schlüssige Argumente.

Alexander Glasner-Hummel, Monika Morres, Kerem Schamberger: Geflohen. Verboten. Ausgeschlossen. Wie die kurdische Diaspora in Deutschland mundtot gemacht wird. 216 S., 24,- € Westend, Frankfurt 2023, ISBN-13: 978-3-86489-416-9

Dr. Gisela Penteker



Klimakrise und Krieg

Der Titel dieses Buches lässt eine detaillierte Analyse und Offenlegung des schwindelerregenden Ausmaßes der US-Militäremissionen und der mit ihm verbundenen Industriezweige erwarten.

Das tut Crawford in ihrem Buch, aber sie bietet noch viel mehr, indem sie Lehren aus der Geschichte zieht, akzeptierte Konzepte in Frage stellt und dabei verschiedene Perspektiven berücksichtigt. Sie analysiert die wahren Kosten und negativen Verhaltensschleifen und entwickelt praktische Empfehlungen. Das US-Militär ist der größte institutionelle Nutzer fossiler Brennstoffe in der Welt und damit auch der größte Emittent von Treibhausgasen.

Crawfords Berechnung der Emissionen ist komplex, wird aber durch zahlreiche Grafiken und einen hilfreichen Anhang unterstützt. Neta Crawford plädiert eindeutig dafür, dass eine Reduktion der Emissionen das Ziel sein muss und nicht eine Anpassung an vermeintliche künftige Bedrohungen. Sie entwickelt klar und überzeugend die Belege für einen „tiefgreifenden Zyklus“ und „zyklische, sich verstärkende Pfade“ in der Hinsicht, dass die Bemühungen um den Schutz von Energiequellen wie Kohle und Öl und die Mittel zu ihrem Transport zu erhöhten Emissionen und mehr Aggression führen – was wiederum einen Bedarf an mehr Sicherheit und Öl nach sich zieht. Ausführlich untersucht wird auch die Bedrohung, die der Klimawandel für Militärbasen innerhalb und außerhalb der USA darstellt. Crawford macht deutlich, dass die US-Militärbasen in Übersee reduziert werden könnten, ohne die Sicherheit zu verringern – einige US-Militärberater befürworten das auch bereits. Dies würde auch internationale Spannungen abbauen und die Emissionen verringern, die durch den Schutz von Treibstoffquellen und deren Transport entstehen.

Crawford spricht sich dafür aus, die Überzeugungen grundlegend infrage zu stellen, die zu so hohen Emissionen geführt haben. Sie empfiehlt, auf den bisherigen Reduktionen, Innovationen und einer gesteigerten Effizienz des US-Militärs aufzubauen. Die positiven Effekte einer Reduktion der Emissionen werden von ihr detailliert beschrieben.

Dieses Buch ist unverzichtbar für alle, die die Zusammenhänge von Militarisierung und Klimakrise besser verstehen wollen. Die Generäle und Politiker*innen werden es hoffentlich auch lesen.

Neta Crawford: The Pentagon, Climate Change, and War. Charting the Rise and Fall of U.S. Military Emissions. 392 S., Hardcover 30,99 Euro, eBook: ca 23,00 Euro. MIT Press, Cambridge 2022

Marion Birch (Medact, UK)

IPPNW-Postkarte „Friedliche Weihnachten“



Was gibt es Schöneres, als Frieden zu verbreiten? Schenken Sie Ihrer Freundin oder Ihrem Freund die Postkarte und erzählen Sie ihr oder ihm von unserer Arbeit für Frieden. So helfen Sie, unser Engagement bekanntzumachen. Auf der Rückseite der Karte gibt es einen Spendenlink zur Unterstützung der Arbeit der IPPNW.

Format A6, Versand gegen Portokosten
Bestellen unter: shop.ippnw.de

Faltblatt „Für eine Kultur des Friedens“

Sicherheit entsteht in der Wahrung der Menschenrechte für alle Menschen! Deshalb setzt sich die IPPNW für einen Paradigmenwechsel ein – weg von der militärgestützten Sicherheitspolitik und hin zu einer zivilen humanitären Friedenspolitik. Dieser Weihnachtsflyer stellt die aktuelle Arbeit der und Positionen der IPPNW zum Thema Frieden vor.



4 Seiten A4, Versand gegen Portokosten
Bestellen unter: shop.ippnw.de

Das nächste Heft erscheint im März 2024. Das Schwerpunktthema ist:

Krieg im Nahen Osten

Der Redaktionsschluss für die Ausgabe 177/März 2024 ist der 31. Januar 2024.
Das Forum lebt von Ihren Ideen und Beiträgen. Schreiben Sie uns: forum@ippnw.de

Herausgeber: Internationale Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e. V. (IPPNW) Sektion Deutschland
Redaktion: Lars Pohlmeier (V.i.S.d.P.), Angelika Wilmen, Regine Ratke
Anschrift der Redaktion: IPPNWforum, Körtestraße 10, 10967 Berlin, Tel.: 030 6980 740, Fax 030 69381 66, E-Mail: ippnw@ippnw.de, www.ippnw.de,
Bankverbindung: GLS Gemeinschaftsbank IBAN: DE 23 4306 0967 1159 3251 01, BIC: GENODEM1GLS

Das Forum erscheint viermal jährlich. Der Bezugspreis für Mitglieder ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Sämtliche namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung

der Redaktion oder des Herausgebers. Nachdrucke bedürfen der schriftlichen Genehmigung.
Redaktionsschluss für das nächste Heft: 31. Januar 2024
Gestaltungskonzept: www.buerobock.de,
Layout: Regine Ratke
Druck: DDL Berlin **Papier:** Circle Offset, Recycling & FSC.
Bildnachweise: Nicht gekennzeichnete Fotos: privat oder IPPNW.



DEZEMBER

13.12. „Klimaschutz braucht Frieden“, Onlinevortrag mit Dr. Angelika Claußen, Anmeldung: ippnw.de/bit/ippnwacademy-2023

JANUAR

8.1. Prozess gegen Atomwaffengegner*innen am Amtsgericht Cochem

22.1. Dritter Jahrestag des Inkrafttretens des Atomwaffenverbots

FEBRUAR

16.-18.2. Münchner Siko und Friedenskonferenz, München

MÄRZ

23.2. Aktion zum zweiten Jahrestag des Ukrainekrieges, Berlin

11.3. Jahrestag des Super-GAU von Fukushima

9.-23.3. IPPNW-Reise in den Südosten der Türkei

APRIL

28.3.-1.4. Ostermärsche der Friedensbewegung

26.4. Jahrestag des Super-GAU von Tschernobyl

2.-8.7. Aktionscamp gegen Atomwaffen bei Nörvenich

Weitere Informationen unter: www.ippnw.de/aktiv-werden/termine

Vormerken

FRANKFURT / M.

26.-28.4.2024

IPPNW-Jahrestreffen & Mitgliederversammlung
Infos auf der Hefrückseite und im IPPNW-Forum intern



6 Fragen an ... Walusungu Mtonga

Vorsitzender der IPPNW-Studierenden in
Sambia und internationaler Studierenden-
vertreter der IPPNW.

1 Wie bist Du zur IPPNW gekommen? Ich erfuhr von der IPPNW durch meinen verstorbenen Vater Bob Mtonga, der ein sehr aktives Mitglied und Co-Präsident der IPPNW war. Er hat mir immer viel über die IPPNW erzählt, so dass es für mich nahe lag, in seine Fußstapfen zu treten.

2 Wie groß ist Eure IPPNW-Sektion? Die IPPNW Sambia hat derzeit 35 Mitglieder. Aktive Ärzt*innen haben wir nur fünf. Vor allem in der Übergangsphase von Studierenden zum Assistenzarzt verlieren wir Mitglieder. In dieser Zeit versuchen die Leute, ihren Weg im Leben zu finden, bekommen Kinder, arbeiten viel und werden inaktiv. Wenn sie dann im Ruhestand sind, kehren sie zurück. Es gibt also so etwas wie eine Kluft zwischen den Studierenden und den älteren Mitgliedern.

3 Dieses Phänomen kennen wir in der deutschen IPPNW auch. Mit welchen Themen befasst Ihr Euch innerhalb der sambischen Sektion? Unsere Organisation trägt den Namen „Zambian Health Workers for Social Responsibility“. Auf lokaler Ebene arbeiten wir viel zum Thema sozialer Verantwortung sowie zu Fragen der Waffengewalt, Gewalt gegen Frauen und psychischer Gesundheit. Das sind Themen, die in unserer Öffentlichkeit gut funktionieren. Aber auch Atomwaffen gehören zu unseren Kernthemen. Auf nationaler Ebene setzen wir uns derzeit bei unserer Regierung dafür ein, dass der von uns vor einigen Jahren unterzeichnete Atomwaffenverbotsvertrag endlich ratifiziert wird. Atomwaffen sind jedoch kein Thema, das in der breiten Öffentlichkeit viel diskutiert wird. Die Arbeit zu diesem Thema bleibt eine große Herausforderung.

4 Haben sich die Arbeitsschwerpunkte der Organisation über die Jahre entwickelt? Zur Zeit meines Vaters Bob Mtonga gab es in Sambia ein großes Problem mit Waffengewalt. Das war ein Thema, mit dem er und unsere Organisation sich sehr viel beschäf-

tigt haben. Unsere Organisation spielte eine wichtige Rolle in der Bekämpfung von Waffengewalt. Wir haben dem Parlament konkrete Lösungsansätze präsentiert. Am 20. Mai 2016 hat unsere Regierung die Ratifizierungsurkunde für den Arms Trade Treaty (ATT) vorgelegt! In dieser Hinsicht war unsere Arbeit ein voller Erfolg. In unserer Arbeit zu Atomwaffen hat sich seit dem Kriegsausbruch in der Ukraine einiges getan. Die Menschen haben plötzlich ein Interesse daran. Sie wollen zum Beispiel wissen, was passiert, wenn tatsächlich eine Atomwaffe eingesetzt würde. Die Aufklärungsarbeit bei diesem Thema ist etwas einfacher geworden, weil die Menschen jetzt erkennen, dass es sich um ein Thema handelt, das sie direkt betrifft.

5 Wie ist Eure Beziehung zu den anderen IPPNW-Sektionen in Afrika? Vor etwa fünf Monaten fand der IPPNW-Weltkongress in Mombasa statt, der diese Beziehung gestärkt hat. Davor hatte ich das Gefühl, dass die unterschiedlichen Sektionen eher unabhängig voneinander arbeiteten und wir wirklich nicht wussten, was die anderen Mitgliedsorganisationen taten. Aber seit dem Kongress in Mombasa haben wir uns alle regelmäßig getroffen, um uns auszutauschen und voneinander zu lernen.

6 Du hast im September an der einwöchigen Global Health Summer School in Berlin teilgenommen. Das war einfach großartig. Ich fand es toll, dass die Teilnehmer*innen und das Themenspektrum so vielfältig waren. Gleichzeitig gab es eine Menge zu verarbeiten. Ich habe mich manchmal etwas überwältigt gefühlt. Politische Arbeit kann auch entmutigend sein. Aber gegen Ende der Woche hörte ich einen Satz, den ich nicht vergessen werde: „Es wird Zeit brauchen, doch es gibt Hoffnung.“ Das kam von Frank Dörner von *Ärzte Ohne Grenzen*. Für mich waren diese Worte sehr ermutigend. Den Satz nehme ich gerne mit nach Hause!



**XXIX. INTERNATIONALE
ROSA-LUXEMBURG-
KONFERENZ**

SONNABEND | **13.1.2024** | **BERLIN**  **TEMPODROM**
MÖCKERSTR. 10, 10963 BERLIN (S-BHF. ANHALTER BAHNHOF)

Tickets und weitere Infos unter jungewelt.de/rlk



**22. Internationale
Münchener Friedenskonferenz**
16. – 18. Februar 2024

Quo Vadis, Europa? • Workshops • Peace in Progress • Friedensgebet der Religionen in Präsenz und per Livestream

Unter anderem mit:
Mabanza Bambu, Clare Daly, Olga Karach, Olaf Müller, Michael von der Schulenburg

Alle Infos unter: friedenskonferenz.info

IPPNW-Reise in den Südosten der Türkei 9. – 23. März 2024

Unsere Solidarität mit den Aktiven der türkischen und kurdischen Zivilgesellschaft ist angesichts der restriktiven Regierungspolitik nötiger denn je. Wir wollen auf unserer Reise Menschen und Organisationen in Diyarbakir und anderen Städten im Südosten besuchen und unsere Erfahrungen mit der Deutschen Botschaft in Ankara teilen.

Kontakt für weitere Informationen:

Gisela Penteker, g.penteker@gmail.com





IPPNW-Jahrestreffen und Mitgliederversammlung

26.–28. April 2024 | Ökohaus Arche Frankfurt

Programmmentwurf

Freitag, 26. April

Markt der Möglichkeiten

„Angriff auf das humanitäre Völkerrecht“ mit Tsafir Cohen, Geschäftsführer medico international

„Sicherheitsstrategien neu denken. Gewalt stoppen und überwinden“ mit Ralf Becker, Koordinator von „Sicherheit neu denken“ und Dr. Angelika Claußen, IPPNW-Vorsitzende, anschließend Diskussion

Samstag, 27. April

Pecha-Kucha-Präsentationen zu IPPNW-Themen, anschließend Workshops

Mittagspause

IPPNW-Mitgliederversammlung:

- Berichte
- Anträge und Resolutionen
- Satzungsänderung

Gemeinsames Abendessen

Sonntag, 28. April

„Migration menschenwürdig gestalten“, Inputs und Diskussion

Politische Kundgebung mit Musik

**Ort: Ökohaus Arche,
Kasseler Straße 1a,
60486 Frankfurt am Main**



Mehr Infos: ippnw.de/bit/jahrestreffen